

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingezogen in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Interfons-Gebühr
 Belegt für die schweizerische Anzeigen- oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pfg. (zählend 2 fertige gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengeluche und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 17. September 1915. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Bezugspreis: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Bezugspreis: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Lebensmittelfragen im Berliner Rathaus.

Zum Mittelpunkt der Verhandlungen der gestrigen Stadtverordnetenversammlung standen Lebensmittelfragen. Die Lebensmittelversorgung und die Teuerung ist für die großstädtische Bevölkerung von höchster Wichtigkeit. Der Magistrat hatte der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage gemacht, in der über das Verhältnis zur Reichsgetreidegesellschaft und von der Einschaltung von Fachauschüssen zur Kontrolle der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt Groß-Berlins Mitteilung gemacht wurde. Zur Begründung sagte Oberbürgermeister **Wermuth**:

Unsere Vorlage betrifft zwei der wichtigsten Kapitel in der Geschichte der Nahrungsmittelversorgung Berlins während des Krieges. Ueber die Entwidlung der Brotversorgung ist Ihnen eine Denkschrift zugestellt worden, aus der Sie ersehen, daß Berlin rechtzeitig und frühzeitig seine Kriegspflicht zu erfüllen bemüht war, nicht nur durch Ankauf von Lebensmitteln, sondern auch durch Anregung allgemeiner Maßnahmen des Reiches, an denen unsere Gemeinde sich beteiligen konnte. Diese Anregung hat, wenn auch erst nach einigen Monaten, zur Gründung der Kriegsgetreidegesellschaft geführt und die Stadt erlangte durch ihre Beteiligung einen unmittelbaren Einfluß auf die Getreideversorgung der großen Massen. Auf dieser Gesellschaft fußte dann die Beschlagnahme des gesamten deutschen Getreides, und die Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 brachte eine gesunde, durchgreifende Regelung, eine einheitliche, haltbare Grundlage für das Reich und doch völlige Bewegungsfreiheit für die Gemeinden in der Einzelangelegenheit. Der dann beschrittene, von uns selbst damals noch für höchst zweifelhaft gehaltene Weg des Brotkartensystems in Groß-Berlin hat diesem System in allen deutschen Gemeinden die Bahn gebrochen. Die Bevölkerung hat sich ihm ohne Bedenken und mit einem gewissen stillen Dummor gefügt; sie bürgerte sich so rasch und selbstverständlich ein, weil jedermann in Stadt und Land von der Kriegsnöthigkeit und von der gleichmäßigen Gerechtigkeit dieser Einrichtung für Stadt und Land, für Vermittelte und Unvermittelte vollständig überzeugt war. Ganz so frei von Zweifeln, wie in den ersten Stunden des vorigen Winters können wir der neuen Regelung des Brotwesens nicht gegenüberstehen. Der Versuch, die Städte von der Organisation ganz auszuschalten, ist ja nicht gelungen; aber eine gewisse Rückbildung bedeutet die neue „Reichsgetreidestelle“ dennoch. Wir befürchten, daß die Getreideversorgung sich allzusehr zersplittern und zerspalten wird, daß eine Unzahl kleiner Kriegsgetreidegesellschaften entstehen wird, daß die ländlichen Kreise davon Vorteile haben, die Städte, namentlich die Großstädte, aber darunter schwer leiden können; namentlich kann der Mehlpreis dadurch in Höhe und Gleichmäßigkeit beeinträchtigt werden. Wir müssen also diese Entwidlung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Die bisherige Regelung hat wirtschaftlich wie finanziell sich durchaus bewährt; zur peinlichen Ueberwachung aller Nationalökonomien des feindlichen Auslandes haben wir das erste Kriegsjahr ohne ernste Störung der Volksernährung durchlebt; das erste Kriegsjahr wird auch wirtschaftlich immer ein Stolz für das deutsche Volk und eine treudige Erinnerung für die deutschen Gemeinden sein dürfen. (Beifall.) In diesem Zusammenhang danke ich namens des Magistrats der Versammlung für ihren Anteil an diesem Ergebnis; ich spreche auch dem Magistratsdelegierten für seine Wirksamkeit die herzlichste Anerkennung aus. (Beifall.) — Der Eintritt in das neue Erntejahr zeigt eine veränderte Beurteilung der Sachlage. Ängstlichkeit wegen des Vorratsquantums hält man nicht mehr für am Platze; in den Vordergrund soll treten die Bekämpfung der Auswüchse in der Preisbildung. Gewiß ist die diesjährige Ernteausicht sehr erfreulich, für Kartoffeln sogar sehr günstig, aber trotzdem und weil auch ein Unsicherheitskoeffizient eingestuft werden muß, sollte man sich entschließen sein, auf strenger Kriegsparsamkeit zu beharren. Jeder Versuch, das Strafkartensystem zu lockern, muß Widerstand geleistet werden. Hinsichtlich der Preise für Fleisch, Milch, Butter, Eier usw. schien bis vor kurzem die Strömung vorherrschend, für den kommenden Winter den Städten den Zwang aufzuerlegen, lediglich dem Kleinhandel Höchstpreise für alle wichtigen Nahrungsmittel vorzuschreiben. Diesem Vorhaben können wir keinen günstigen Ausgang voraussagen. (Zustimmung.) Die Städte können ihren Bedarf auch nicht „unter der Hand“ anlaufen, was das heißt, haben wir im vorigen Jahre erfahren. Wird ein Zwang zur Festsetzung von Höchstpreisen innerhalb der Gemeinde ergriffen, dann muß die Gemeinde auch die Mittel haben, sich die erforderlichen Warenmengen zwangsweise zu beschaffen (sehr richtig!), und zwar durch Vermittelung der Gesamtheit, des Reiches. Wir dürfen hoffen, daß das Reich es sich angelegen sein lassen wird, für alle wichtigeren Artikel, besonders Milch, Kartoffeln und Schweinefleisch, zu prüfen, wieweit die Höhe der Vorräte und Preise zum öffentlichen Einschreiten nötig, und bejahendenfalls muß durch Beschlagnahme oder Vermittelung von Zwangsankäufen dafür gesorgt werden, daß den Gemeinden die Warenmengen zu ganz bestimmten Preisen zufließen. Nur dann kann die Gemeinde Kleinhandels-Höchstpreise festsetzen; sonst muß man das Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung der Auswüchse im freien Handel richten. Beiden Möglichkeiten sollen unsere Preis-Kontrollorgane

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 16. September 1915. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
 Keine wesentlichen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.
 Auf dem linken Ufer der Düna drangen unsere Truppen unter erfolgreichen Kämpfen in Richtung auf Rakobstadt weiter vor. Bei Livenhof wurden die Russen auf das Düufer zurückgeworfen. Nördlich und nordöstlich von Wilna ist unser Angriff im Vorwärtigen, dem Vordringen nordöstlich von Grodno setzt der Feind noch zähen Widerstand entgegen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
 Die Lage ist unverändert.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.
 Halbwegs Janowopinsk versuchten die Russen erneut, unsere Verfolgung zum Stehen zu bringen. Die feindlichen Stellungen wurden durchbrochen, sechs Offiziere, siebenhundertsechszwanzig Mann gefangen genommen, drei Maschinengewehre erbeutet. Das Gelände zwischen Pripjet und Jasiolda und die Stadt Pinsk sind in deutschem Besitz.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
 Wie an den vorhergehenden Tagen scheiterten russische Angriffe vor den deutschen Linien.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 16. September. (W. Z. S.) Amtlich wird veröffentlicht: Wien, 16. September 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.
 Alle Versuche der Russen, unsere ostgalizische Front ins Wanken zu bringen, bleiben erfolglos. Gestern führte der Feind unter großem Aufwand von Artilleriemunition seine Hauptangriffe gegen unsere Front an der mittleren Strypa. Er wurde überall geworfen, wobei unsere Truppen durch Planierungsangriffe aus dem Brückenkopf von Buczac und aus dem Raume südlich von Zalozce mitwirkten. Bei der Erstürmung des zwanzig Kilometer südlich von Zalozce liegenden Dorfes Rebrum wurden dem Feinde 11 Offiziere und 1900 Mann als Gefangene abgenommen und 3 Maschinengewehre erbeutet. Auch in Wolhynien haben unsere Streitkräfte zahlreiche Angriffe abgeschlagen. Bei Nowo Alexiniec wurden die Russen in erbittertem Handgemenge aus den Schützengräben des Infanterie-Regiments Nr. 85 vertrieben. Bei Nowo-Bocajew war es dem Feind vorgestern gelungen, an einzelnen Punkten auf das westliche Iwa-Ufer vorzubrechen. Gestern wurde er überall auf das Düufer zurückgeworfen, wobei er unter dem flackernden Feuer unserer Artillerie große Verluste erlitt. Neben dem Infanterie-Regiment Nr. 32 und dem Feld-Jäger-Bataillon Nr. 29 gehörte dem Linzer Landsturm-Regiment Nr. 2 ein Hauptverdienst an diesem Erfolge.

Italienischer Kriegsschauplatz.
 Die Lage ist unverändert. — Versuche der Italiener, unsere Stellungen auf dem Monte Piano im Osten zu umgehen, wurden vereitelt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
 v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

bienen. — Uneingeschränkt darf das Gesetz von Angebot und Nachfrage in einer Zeit nicht walten, die uns den freien Markt absperret und uns auch sonst einengt. Gleichmäßige Versorgung ist jetzt oberstes Gesetz, nicht Konjunkturgewinn, nicht Ausbeutung der Vorklage des Verbrauchers; nur einen objektiv mäßigen Nutzen für Erzeuger, Groß- und Kleinhändler kann und darf es im Kriege geben. (Sehr gut!) Wir dürfen annehmen, daß den Kontrollkommissionen in aller nächster Zeit weittragende öffentliche Befugnisse beigelagt werden. Eine Verantwortung, die uns nicht zukommt, können wir nicht tragen. Aber wie es sich für Berlin ziemt: mutig gehen wir, wenn uns ein neuer Kriegswinter bevorsteht, in ihn hinein! (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. **Wurm** (soz.): Vollauf hat der Magistrat und der Oberbürgermeister in den Grenzen seiner Zuständigkeit seine Schuldigkeit getan. Tatsächlich hat aber doch eine unverhältnismäßige Teuerung Platz gegriffen. Natürlich kann nicht in Kriegs-

zeiten eine Organisation aus dem Boden geschampft werden, wenn man in Friedenszeiten auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung alles völlig vernachlässigt hat, wenn trotz alles unferes Drängens die Kommunen mit Nachmitteln auf diesem Gebiete nicht ausgestattet worden sind. Daß wir jetzt Preise zu zahlen haben, die in keinem Verhältnis zu den Vorräten stehen, liegt aber auch daran, daß den Gemeinden eine Verantwortung aufgeschuldet ist, der keine Rechte gegenüberstehen, die ihnen nur die Reichsgetreidegesellschaft verleiht kann. Hoffentlich wird jetzt endlich dieser Weg beschritten werden, nachdem im Reichstage entsprechende Anträge meiner Freunde angenommen worden sind. Auch wir bekümmern ja tief die agrarische Vervorzugung; immerhin werden wir eine bessere Ausnutzung des Getreides bekommen, es kommt weniger Meie in das Brot hinein, die Ration ist um ein Achtel erhöht, und wir hoffen, daß dieses Achtel denjenigen zuteil werden wird, die es besonders benötigen, die Arbeiter, Kinder, Kranke. Die Denkschrift beweist schlagend, welche Triumphe die Selbstverwaltung feiern kann; sie meint am Schlusse, daß man „in Zeiten der Verlegenheit“ sich an den höheren Stellen sehr wohl erinnere, daß im Bürgerturn eine ungeheure Latkraft schlummere. Wir erwarten, daß man es nicht erst wieder zu einer „Verlegenheit“ kommen lassen wird, zu Ausschreitungen der rücksichtslosen inneren Feinde, der Wucherer. Herr **Delbrück** versprach im Reichstage den Kommunen die notwendige Bewegungsfreiheit; aber noch jetzt, nach vier Wochen ist kein Erlass ergangen, obwohl jeder Tag dem Volke Millionen kostet, um die die Nahrungsmittel verleiht werden, wenn gegen den Wucher nicht eingeschritten wird. Nicht nur die Arbeiter, auch die Beamten, die Angestellten, die selbständigen Gewerbetreibenden leiden aufs schwerste darunter, und das, ohne daß ein sachlicher Grund vorhanden wäre als der, daß die Besitzer der Nahrungsmittel glauben, sie können den Krieg als Konjunktur ausnützen. Eine solche Auswucherung der Bevölkerung kann unmöglich gebildet werden. Mit Ehrenstrafen bei Wuchern ist wenig geholfen; Leute, die das Volk aushungern und auswuchern, bei denen ist die Ehre im Geldsack, die kann man nur treffen, wenn man ihr Vermögen, ihren Betrieb konfisziert. Viel wichtiger als Strafen ist aber Vorbeugen; und das muß mehr geschehen, als der Bundesrat bisher getan hat. Sein Erlass gegen die übermäßige Preissteigerung sieht sehr schön aus; aber auch hier werden die Gemeinden fließmüßig behandelt; für Berlin ist nicht die Gemeindebehörde, sondern der Polizeipräsident zuständig. Daraus ergibt sich schon ein Zeitverlust, der die etwa nachfolgenden Schritte unwirksam macht; dann aber: wer stellt fest, was „übermäßige“ Preise sind, wenn dafür keine Instanz besteht? Soll in jedem Einzelfall der Richter angerufen werden? Diese Bestimmung ist einfach ein Schlag ins Wasser, eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Der Gemeinde muß die betreffende Befugnis gegeben werden, die Gemeinde muß berechtigt sein, die Bücher einzusehen, wahrheitsgemäße Angaben zu fordern und eventuell Strafen auszusprechen. Das Recht, Höchstpreise festzusetzen, muß ferner ergänzt werden durch das Recht, Ware zu bekommen. Dazu gehört eine Reichszentralstelle, wie sie der Reichstag einstimmig verlangt hat, eine Stelle, die das Recht der Beschlagnahme und der Entziehung von Lebensmitteln hat, die dann den Kommunalvorständen zur Verfügung gestellt werden. Vergebens warten wir auf diese Bundesratsverordnung. Die Schwierigkeiten, die die Beschlagnahme machen soll, sind in Wirklichkeit nicht vorhanden. Für die Milch ist ja freilich der Einwand von Bedeutung, daß niemand gezwungen werden kann, Ware zu produzieren. In Leipzig hat man festgestellt können, daß die Produzenten, denen die Milchhöchstpreise nicht zahlen und die auch mit Butter und Käse nicht auf ihre Rechnung kommen, die Milchläche schlachten ließen, weil das für sie das bessere Geschäft war. Hier müßte die Zentralstelle eingreifen können, sie muß die Milch haben, das Erforderliche vorzutreiben, um die Milchproduzenten wieder in die richtigen Wege zu leiten. Auch die Eisenbahnverwaltung sollte mit Frachtermäßigungen bestend eingreifen; Höchstpreise für Butter und Käse sind gleichfalls nötig. Hat doch eine Genossenschaftsmolkerei 17 Proz. Dividende verteilt, eine Wucherdividende! Auch gegen die Fleischnot ist nur mit der Entziehung Abhilfe möglich. Bei der Suche nach der Schuld an den hohen Fleischpreisen ist man auch auf den hohen Schlachtlöhne auf dem Berliner Schlachthof gekommen. Selbst der Ausnahmelohn von 35 M. aber bedeutet für das Pfund Fleisch nur 1/2 Pfennig mehr, kommt also absolut nicht in Betracht. Jeder sucht die Schuld an der Verteuerung auf den anderen abzuwälzen. Wir haben da vollständig im Dunkeln. Sind die Landwirte nicht schuld, so müßten die Agrarier die ersten sein, mit uns für die Gemeinden die Preiskontrolle zu verlangen. (Zuruf: Sie werden sich hüten!) Warten wir ab, wir hoffen, daß eine Verordnung herauskommen wird, die den gemeindlichen Fachkommissionen die erwünschten Rechte gibt. Unser Gemütsbau auf den städtischen Gütern ließe sich leicht an Umfang vergrößern; eine Gemeinde, die selbst als Produzent auf den Markt tritt, kann dann auch den Preis mitbestimmen. Aber so etwas läßt sich jetzt im Kriege nicht von heute auf morgen machen. — Verzweigt der

Bundesrat der Gemeinde diese Vollmachten, dann kann diese nur erklären, sie kann keine Verantwortung tragen, ohne die Mittel zu besitzen. Wir hoffen, daß die Beschlüsse des Reichstages dazu führen werden, daß der Bundesrat endlich diese Verantwortung erlöst und daß dann der Ausweg ein Ende gemacht wird. Die Zeit drängt! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt, Cassel: Alles, was praktisch hier in Frage kommt, ist schon in der Rede des Oberbürgermeisters skizziert worden. Den Vorwurf des Wuchers ganz allgemein zu erheben, wie es in den Worten des Vorredners lag, ist nicht berechtigt. Mit dem Vorredner hoffe ich, daß der Magistrat mit Nachdruck die ihm unentbehrlichen Befugnisse von der Reichsverwaltung verlangen und erlangen wird. Dem Lobe der Denkschrift und der Anerkennung für den Magistratsentscheidungen schließen wir uns freudig an, sollen aber auch der tatkraftigen und energischen Wirksamkeit des Oberbürgermeisters auf diesem Gebiete unsern ganz besonderen Dank (Zustimmung.)

Stadt, Dr. Auhmann (Fr. Fr.) äußert sich im wesentlichen in gleichem Sinne wie Cassel. Mit dem Oberbürgermeister bedauert er, daß die großen Kommunen bei der Umgestaltung der Kriegsgeldverteilung so schlecht weggekommen sind; an Rechten hätten sie überhaupt nichts behalten. Mit der Einrichtung der Preiskontrolle hätte der Berliner Handel zufrieden sein. Die allgemeinen Angriffe gegen den Lebensmittelwucher schossen über das Ziel hinaus; die neuen Institutionen sollten ja erst prüfen, ob und wo Arbeit vorliegt. Mit dem andauernden Geisetz über Wucherpreise arbeite man eigentlich nur weiteren Preissteigerungen vor. (Zustimmung und Widerspruch.) Im allgemeinen werde man mit der Kontrolle keine irgendwie bedeutenden Ermäßigungen erzielen; man werde die Teuerung hinnehmen müssen.

Damit schlossen die Ausführungen über diesen Gegenstand. Hauptsächlich veranlassen sie den Bundesrat zu schnellen und wirksamen Maßnahmen, damit die Bevölkerung den bevorstehenden Winter, sollte es noch einmal ein Kriegswinter werden, nicht allzu schwer zu überstehen braucht.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 16. September. (W. Z. V.) Der Große Generalstab hat gestern Abend bekanntgegeben: Nordwestlich von Düna entwickelte der Feind ein heftiges Artilleriefeuer in der Gegend der Straße Jlyst-Clonska. Südwestlich von Düna griff der Feind ohne Erfolg an und zwar zwischen den Seen von Dvile und Weikuz und zwischen der Straße nach Düna und der Meierei Samaw. Von Dargelischki und Reiverischki nordöstlich von Swientzian haben wir die Deutschen vertrieben. An den Ufergängen des Wiljajflusses in der Gegend östlich der Eisenbahn von Barichau wurde der Feind zurückgeworfen. Lebhaftes örtliche Gefechte fanden in der Gegend des Dorfes Jytsi östlich von Skidel und in der Gegend der Eisenbahn Volkowost-Lida statt. Am Oberlauf des Njemen ging der Feind mehrmals zur Offensive über. Nördlich des Flusses Mofy trieb der Feind unsere Posten über den Fluß Selma zurück. Deswegen desselben Flusses wurden erbitterte deutsche Angriffe abgewiesen. An der Straße von Kartuska-Bereza nach Siniawka erreichten die feindlichen Vorhuten den Ort Dobruski. Zwischen Jajolida und Bina entwickelten sich Kämpfe nordwestlich und westlich von Binsl bei den Dörfern Motol, Nowojiszyn und Potapowitsch. Deswegen von Kowel und am Fluß Stochod machten wir bei der Einnahme der Dörfer Gulewicz und Rudka-Nirynska nach hartnäckigem Widerstande zwei Offiziere und 74 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten vier Maschinengewehre. Der Feind, der an seiner Front südlich vom Brijpet westwärts zurückgeworfen worden ist, macht an verschiedenen Orten Gegenangriffe mit starken Kräften und leistet hartnäckigen Widerstand. Bei der Einnahme der feindlichen Stellungen bei den Dörfern Korablizje und Bohorjelle im Nordosten von Dubno fielen sieben Maschinengewehre, eine Kanone, 57 Offiziere, 2500 Soldaten in unsere Hände. Durch den darauf folgenden Gegenstoß wurden unsere Truppen zurückgeworfen. In dem Kampfe in der Gegend von Gladki und Borobowka im Nordwesten von Tarnopol machten wir 5 Offiziere, 547 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Das Dorf Borobowka und das Gehölz im Norden davon wechseln den Besitzer. Am Strypa-Fluß südwestlich von Tarnopol eroberten wir durch einen kräftigen Angriff das Dorf Wienawa. Der Feind floh auf das andere Ufer des Flusses, wobei er große Verluste erlitt. Ein hartnäckiger Kampf entwickelt sich an der Strypa westlich von Trembowla in der Gegend des Waldes von Burkanow und des Dorfes Plotnik. Gegen Abend durchdrachen unsere Truppen die feindlichen Drahtverhaue, warfen den Feind durch Bajonettangriff aus seinen Schützengräben, bemächtigten sich des Dorfes und des Waldes und gingen im Rücken des Feindes auf das andere Ufer der Strypa. Wir machen hier mehr als 1500 Gefangene.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 16. September. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Im Artois fanden im Abschnitt von Neuville und Bretenecourt Kämpfe mit Handgranaten statt, die von einigen Artillerieaktionen begleitet waren. Kämpfe mit Bomben ereigneten sich im Gebiet von Vihons westlich von Chaumes und im Saint-Mard-Bald östlich Tracy le Val. Ziemlich lebhaftes Geschützfeuer nördlich des Lagers von Chalons. Im Westteil der Argonnen gab es Minenkämpfe. Die Nacht verlief ohne Zwischenfall auf der übrigen Front.

Paris, 16. September. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern Abend. Nördlich und südlich von Arras sowie im Gebiete von Roye wurden die Artilleriekämpfe kräftig fortgesetzt. Auf der Hochfläche von Quennevières Kämpfe mit Bomben und Handgranaten. Am Aisne-Marnekanal ist die Tätigkeit der beiden Artillerien auf die Front Berry au Bac-Lanewille gerichtet, wo der Feind seit einigen Tagen sich bemüht, uns aus unserem Brückenkopf von Sapignoul zu verjagen. In der Champagne Artilleriekampf, der gegen Abend langsamer wurde. Auf den Maashöhen stellten unsere Beobachter die Zerstörung einer feindlichen Batterie fest. Aus dem Walde von Apremont, dem Priesterwalde und dem Gebiet von Saint Nib wird gleichfalls Artillerietätigkeit gemeldet, bei der wir im Vorteil blieben.

Luftgefechte an der englischen Front.

London, 16. September. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Feldmarschall French berichtet: Auf beiden Seiten wurde lebhafteste artilleristische Tätigkeit entwickelt, vor allem südöstlich von

Armentieres und bei Ypern. Drei feindliche Flugzeuge wurden zum Landen gezwungen, zwei davon waren von unseren Kanonen getroffen. Im Laufe dieser Woche fanden über den deutschen Linien einundzwanzig Luftgefechte statt; elfmal zogen die Deutschen den Kürzeren.

Ankunft französischer Austauschgefangener in Konstanz.

Konstanz, 16. September. (W. Z. V.) Gestern Abend sind die ersten französischen Austauschgefangenen, 300 Mann an der Zahl, hier eingetroffen. Sie wurden in Lazarette verbracht, wo sie von einer Kommission noch einmal untersucht werden.

Deutsch-englischer Austausch von Dienstuntauglichen.

Durch neutrale Vermittlung ist zwischen der deutschen und der großbritannischen Regierung nunmehr eine Verständigung dahin getroffen worden, daß von beiden Seiten den im Gebiete des anderen Teiles zurückgefallenen Männern zwischen 17 und 55 Jahren die Abreise gestattet wird, soweit sie für eine militärische Verwendung während der Dauer des Krieges untauglich sind.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 15. September. (W. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht. Der Feind, der dieser Tage bedeutende Verstärkungen erhalten hatte, versuchte an mehreren Punkten der Front einen starken Druck gegen unsere Linien durch Infanterieangriffe auszuüben, denen heftiges Geschützfeuer vorausging und die von solchen begleitet waren. Aber die Anstrengungen waren vergeblich. Mehrere feindliche Angriffe wurden im Popenatal (Anse) und längs des Stammes der Karnischen Alpen vom Oberlauf des Degano bis zum oberen Teil des Chiaro gemeldet. Feindliche Flugzeuge überflogen Vicenza und warfen Bomben ab, durch die vier Einwohner leicht verletzt wurden. Sie überflogen ferner Tolmezzo und die Niederungen von Plitsch und Starreit. Ein anderes Geschwader versuchte einen neuen Angriff auf Udine, wurde jedoch von unseren Kampfflugzeugen angegriffen, zurückgewiesen und verfolgt. Auf dem Karst wurden die feindlichen Lager bei Nabresina und Comen von unseren Fliegern wirksam beschossen.

Von der Dardanellenfront.

Konstantinopel, 16. September. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront ist die Lage unverändert. Bei Anaforta gelang es unseren Truppen, in der Nacht zum 14. September feindliche Kräfte durch Kühne Ueberfälle zu beunruhigen, zu zerstreuen und zur Flucht zu zwingen. Bei Sedd ul Bahr brachten wir am linken Flügel eine Gegenmine zur Explosion, die eine feindliche Mine zerstörte. Am rechten Flügel verhinderten wir durch Bombenwürfe die feindlichen Truppen, Schützengräben im Jidzad anzulegen und brachten ihnen Verluste bei. An diesem Flügel brachte unsere Artillerie zwei feindliche Batterien zum Schweigen. Unsere Batterien an den Meerengen nahmen am 13. September feindliche Truppen in der Umgebung des Kap Sellas unter wirksamem Feuer, ebenso die Landungsstelle von Telle Burun, den Abschnitt von Sedd ul Bahr und die feindlichen Batterien von Hissarlik, die auf unsere Infanterie schossen. Wir erzielten durch unsere Beschießung ein gutes Ergebnis bei den feindlichen Truppen, die feindliche Batterie von Hissarlik wurde zum Schweigen gebracht. Am 14. September zersprengten dieselben Batterien eine feindliche Artilleriestellung bei der Landungsstelle von Sedd ul Bahr. An den anderen Fronten nichts Bedeutendes.

Deutsche U-Boote im Schwarzen Meer.

Petersburg, 16. September. (W. Z. V.) (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf der Höhe von Oessa, zehn Meilen von der Küste, hat der englische, mit Ladung nach Nikolajew bestimmte Dampfer „Batagonia“ Sabotage erlitten. Man nimmt an, daß sie durch ein deutsches Unterseeboot verursacht sei. Der russische Regierungsdampfer „Maria“, welcher voranfuhrt, wurde gleichfalls von einem Unterseeboot angegriffen, entging aber der Gefahr.

Vom U-Bootkrieg.

Paris, 16. September. (W. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Das Marineministerium veröffentlicht eine Selbstanzeige, welche besagt, daß die Anwesenheit deutscher Unterseeboote an den Küsten des Ozeans auf der Höhe der Ränderungen der Loire und Gironde die Bevölkerung nicht erregen dürfe. Das Ministerium habe die notwendigen Vorkehrungen gegen etwaige Angriffe deutscher Unterseeboote getroffen. Die vorhandenen Seekräfte seien bereits verstärkt worden und würden es nötigenfalls noch. Ebenso wie im Kermelkanal, wo die Verteidigung äußerst wirksam gewesen sei, werde das deutsche Verfahren, das dem Menschenrecht und den Grundgesetzen der Menschlichkeit zuwiderlaufe, nur zu wenig zahlreichen und vereinzelt Unternehmungen führen können.

Massenverurteilung indischer Verschwörer.

London, 16. September. (W. Z. V.) Die Blätter melden aus Kalkutta: In dem Prozesse wegen der Verschwörung von Lahore wurde das Urteil gefällt: 24 Angeklagte wurden zum Tode, 27 zu lebenslänglicher Verbannung, 6 zu Gefängnis verurteilt.

Kriegsdebatte im englischen Unterhause.

London, 15. September. (W. Z. V.) Im Unterhause antwortete MacKinnon auf eine Frage, daß Admiral Sir Percy Scott mit der artilleristischen Verteidigung Londons gegen feindliche Flugzeuge betraut worden sei und daß diese Verteidigung der Admiralität und nicht dem Kriegsamt unterstehe. Lowe (Unionist) fragte, ob die Regierung das Verteidigungssystem von Paris gegen Luftstraßen in Erwägung gezogen und ähnliche Schritte zur Verteidigung Londons getan habe. MacKinnon erwiderte, daß er im öffentlichen Interesse nichts sagen könne. Dalziel fragte, ob MacKinnon einen vernünftigen Grund angeben könne, weshalb Scott nicht früher dieses Kommando erhalten habe. MacKinnon sagte, er hoffe, das Budget in der nächsten Woche einbringen zu können. Die kleinen Beträge der Kriegsanleihe zu 5-20 Schilling belaufen sich, soweit bisher festgestellt worden sei, auf 2473500 Pfund Sterling. Tennant sagte, er könne über Ostafrika keine Erklärung abgeben, da keine wichtigen Nachrichten vorlägen. Premierminister Asquith erklärte, das Haus solle regelmäßig Won-

tag, Dienstag und Mittwoch tagen. Booth (Liberal) fragte, ob Asquith die Frage geheimer Sitzungen erwohnen habe.

Dillon (Nationalist) richtete die Aufmerksamkeit auf die Erklärung zugunsten der

Behrpflicht.

die eine Anzahl Abgeordneter, die gegenwärtig Offiziere sind, in der Presse veröffentlichten. Der Redner fragte, ob es anerkannter Grundregeln entspreche, daß sich aktive Offiziere in einer breiten politischen Streitfrage an die Öffentlichkeit wenden. Wenn das gebüdet würde, müßte er die Frage stellen, ob den Unteroffizieren und Soldaten dieselbe Gelegenheit gewährt werden würde, ihre Meinung zu äußern. Der Redner warnte davor, die Streitfrage in die Armee zu tragen. Sedgwood (Liberal), der Offiziersuniform trug, nahm das Recht freier Meinungsäußerung für Abgeordnete, die in der Armee ständen, in Anspruch. Er behalte sich das Recht vor, über alle militärischen und politischen Fragen innerhalb und außerhalb des Hauses zu sprechen. Hauptmann Guest (Liberal), der zu den Unterzeichnern der Erklärung für die Behrpflicht gehörte, sagte, diese beabsichtige nicht, die Agitation zu führen. Es sei aber kein Grund dafür vorhanden, daß sie ihre Ueberzeugungen aufgeben sollten. Guest forderte die Regierung dringend auf, den Tag für die Erörterung der Behrpflichtfrage anzugeben. Chaplin (Unionist) bekannte sich als alter Anhänger der Behrpflicht, aber die Entscheidung müsse der Regierung überlassen bleiben. Hodge (Führer der Arbeiterpartei) sprach die Hoffnung aus, daß die Regierung der Agitation nicht nachgeben werde. Das Hauptfordernde sei nicht so sehr, mehr Soldaten als mehr Kriegsmaterial. Die Agitation für die Behrpflicht bedrohe die Einheit der Nation und würde eine sehr able Wirkung auf die Verbündeten haben. Er vertraue darauf, daß die Regierung auf das entschiedenste erkläre werde, daß die Zeit für die Behrpflicht nicht gekommen sei. Pringle (Liberal) sagte, es sei nicht mehr zu verhindern, daß die Behrpflichtfrage im Parlament erörtert werde, nachdem sie in der Presse, auf dem Gewerkschaftscongrès und anderwärts behandelt worden sei. Die Blätter teilen offen mit, welche Minister für die Behrpflicht, welche dagegen und welche unentschieden seien. Lloyd George habe öffentlich gefordert, daß Kabinett, Parlament und Nation die Behrpflicht annehmen.

Pringle fuhr fort: Minister Harcourt habe in einer Rede in seinem Wahlkreis die Gründe für die Behrpflicht wiederholt. Es sei unter diesen Umständen unmöglich, daß das Parlament allein die Frage nicht erörtere. Dieses Parlament sei zwar im Absterben, müsse aber der Nation als Führer dienen. Erstatte sich, daß der Führer der Arbeiterpartei der Regierung unbedingt Vertrauen zubillige, während alle wüßten, daß die Regierung uneinig sei und ihre Uneinigkeit im Innlande und im Ausland durch die Presse bekannt geworden sei. Dalziel (Liberal) erklärte sich persönlich mit Lloyd Georges Rede einverstanden. Das Kabinett solle dem Haus volle Informationen über die grundlegenden Tatsachen geben. Asquith solle dem Hause offen sagen, ob kein Staatszwang nötig sei, dann werde sich das Haus damit zufrieden geben. Asquith müsse sagen, ob er mit Lloyd George oder mit Harcourt einverstanden sei. Oberst Pierman sagte,

Die Entscheidung hänge von Ritzener ab.

Es wäre am besten, wenn die ganze Debatte im Parlament und in der Presse verstummen und die Nation ruhig abwarten würde, bis Ritzener den Augenblick für gekommen halte, zu sprechen. Johnson Hilds (Unionist) sagte, wenn die Abgeordneten sanftmütig die Ansichten der Regierung annehmen sollten, könnten sie ebenlogut nach Hause gehen und sich nützlicher beschäftigen. Die Regierung habe 13 Monate freie Hand gehabt. Die Nation beginne der Geniar müde zu werden. Die Politik der Geheimnisrämerie könne nicht viel länger dauern. Die Nation sei entschlossen zu wissen, wie der Krieg geführt werde, und werde bald fordern, daß nichts geheim bleibe. Die Nation verlange Bescheid darüber, wie der Schatz Londons und der Zustand des Flugdienstes beschaffen sei. MacCallum Scott (Liberal) erklärte, der einzige Weg, den Krieg zu gewinnen, sei, der Regierung zu vertrauen. Durch parlamentarische Debatten werde der Krieg nicht gewonnen. Einige Abgeordnete meinten, daß die Regierung kein Vertrauen mehr verdiene. Das seien dieselben, die die Koalition geschaffen hätten und sie jetzt bekämpften. Asquith erwähnte die im aktiven Offiziersverhältnis stehenden Abgeordneten, sich ihrer Verantwortung bewußt zu bleiben. Er bedauerte, daß die öffentliche Streitfrage über die Behrpflicht entstanden sei, aber die heutige sprunghafte und oberflächliche Debatte sei die unbefriedigendste Art, das schwierige Problem zu behandeln. Wenn die Regierung demnächst ihre Schlüsse gezogen habe, werde sie es dem Hause mitteilen, worauf die Debatte folgen werde.

Kredits von 250 Millionen Pfund Sterling

sagte Asquith, damit steige der Betrag, der bisher angesprochen worden sei, auf 1262 Millionen. In der Zeit seit dem letzten Kredit bis zum 11. September seien enorme Ausgaben nötig gewesen, über die zu sprechen nicht im öffentlichen Interesse liege, die jedoch zur Finanzierung gewisser notwendiger Operationen dienten. Ein Teil dieses Betrages werde im Laufe weniger Monate zurückgezahlt sein, der Rest später getilgt werden. Die Gesamtausgaben des Finanzjahres beträgen bisher 500 Millionen Pfund Sterling. Man erwarte nicht, daß die Ausgaben für die Flotte während der letzten sechs Monate des Finanzjahres anwachsen würden. Er glaube, daß die gesamten wöchentlichen Ausgaben nicht 35 Millionen übersteigen würden, und daß der neue Betrag bis zum dritten Novemberwochen reichen werde. Alles, was notwendig sei, um das große notwendige Werk des Munitionsinstitutums zu vervollständigen, sei eine genügende Anzahl von Arbeitskräften.

Premierminister Asquith teilte ferner mit, daß seit Beginn des Krieges drei Millionen Mann im Heer und in der Flotte Dienst genommen haben. Er gab dann einen Ueberblick über die militärische Lage und sagte: Der heutige Krieg ist ein Krieg der Technik, der Organisation und der Ausdauer. Der Sieg wird wahrscheinlich dem zufallen, der sich am besten rüsten und am längsten durchzuhalten vermag, und das wollen wir tun. (Beifall.) Nach weiteren Mitteilungen Asquiths betragen die den anderen Ländern gewährten und versprochenen Vorschüsse bis jetzt 350 Millionen Pfund Sterling.

Friedensverhandlungen

Lord Robert Cecil antwortete auf eine Frage, ob Friedensverhandlungen hätten, es sei ihm unmöglich zu sagen, was für Besprechungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten stattgefunden hätten, da sie nicht zu seiner Kenntnis gebracht worden seien. Wie bekannt, habe die deutsche Regierung keine direkten Friedensvorschlüge gemacht. Man könne sich augenblicklich kaum vorstellen, daß eine Möglichkeit für Deutschland bestehe, Vorschläge zu machen, die von den Alliierten in Erwägung gezogen werden könnten. England werde keine Friedensvorschlüge anders als in Uebereinstimmung mit seinen Bundesgenossen oder mit den durch Vertrag unschriebenen Pflichten in Erwägung ziehen.

Ritzener über die Kriegslage.

London, 16. September. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Lord Ritzener sagte in einer Rede im Oberhause: Während der letzten Monate ist die Front der Alliierten im Westen so gut wie unverändert geblieben. Das bedeutet nicht, daß eine Erschlaffung in der Tätigkeit auf den Schlachtfeldern eingetreten wäre. Die Stellungen sind auf das äußerste verstärkt worden, nicht nur durch die Anlage von Schützengräben, sondern auch durch die starke Vermehrung der schweren Geschütze. Die französischen Gräben bilden ein Netzwerk solcher undurchdringlicher Befestigungen.

Die Deutschen benutzten vor kurzem Gas und brennende Flüssigkeiten und bewarfen unsere Linien mit Bomben, die erstickendes Gas ausströmten. Derartige Angriffe, die nichts Ueberraschendes mehr haben, haben wegen unserer Gegenmaßregeln viel von ihrer Wirkung verloren. Feldmarschall French hat ansehnliche Verstärkungen erhalten. Die neuen Divisionen haben jetzt bereits Erfahrung in der Kriegsführung, weshalb sie mit gutem Erfolg in der Feuerlinie den Platz jedes anderen Teiles des englischen Heeres einnehmen können. Mit diesen Verstärkungen von elf Divisionen konnte Feldmarschall French seine Front verbreitern und noch ungefähr sieben Meilen von der französischen Front übernehmen.

Ueber den östlichen Kriegsschauplatz sagte Kitchener: Es war offenbar die Absicht der Deutschen, die russischen Armeen in ihrer gegenwärtigen Gestalt zu vernichten und dadurch bedeutende Truppenmengen für andere Kriegsschauplätze freizubekommen. Aber wie andere Pläne des deutschen Generalstabs, so führte auch dieser zu einem großen Mißerfolge. Zu den größten und verdienstvollsten Taten dieses Krieges gehört die meisterhafte Weise, in der mit den russischen Streitkräften gegenüber den wütenden Angriffen eines Feindes, der sowohl an Zahl wie an Kanonen und Munition weit überlegen war, operiert worden ist. Das russische Heer ist als Streitmacht unangefastet geblieben. Man darf nicht vergessen, daß Rußland mit seinen ausgedehnten Gebieten immer imstande gewesen ist, auch die größten Einfallarmeen zu umfassen und zu vernichten. Dazu ist es jetzt sicher nicht weniger imstande, als vor einem Jahrhundert. Die Deutschen scheinen ihr Pulver beinahe verzehret zu haben. Ihr Aufmarsch in Rußland, der anfangs mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von fünf Meilen täglich ausgeführt wurde, ist auf eine Meile täglich zurückgegangen, und wir sehen, wie die Truppen, die die Deutschen prahlerisch als geschlagen und vernichtet bezeichnet haben, noch immer auf der ganzen Front hartnäckigen und tapferen Widerstand leisten, ja an einigen Stellen sogar den auf russischem Gebiete andringenden Deutschen fühlbare Verluste beibringen. Kurz, wir können ruhig erklären, daß die Deutschen, obwohl sie allein durch das Gewicht ihrer Kanonen überlegen waren, selbst große Verluste erlitten und nichts anderes als braches Land und geraubte Festungen gewonnen haben. Ihre Strategie scheint also mißglückt zu sein, und die Siege, von denen sie sprechen, können sich noch, wie schon so oft in der Kriegsgeschichte, als verhängte Niederlagen entpuppen.

Bei der Besprechung der Lage auf Gallipoli äußerte sich Lord Kitchener anerkennend über die Tapferkeit und Zähigkeit der australischen und neuseeländischen Truppen. Man habe Beweise genug dafür, daß bei den Türken, die von den Deutschen geführt oder, besser gesagt, getrieben würden, eine Demoralisierung eingetreten sei. Das sei ohne Zweifel ihren ungewöhnlich schweren Verlusten und dem zunehmenden Mangel an Hilfsmitteln zuzuschreiben. Es sei nur gerecht, wenn man anerkenne, daß die Kriegsführung der Türken unendlich viel höher stehe, als die ihrer deutschen Meister.

Kitchener schloß seine Rede mit den Worten: Einige der neuen Armeen, die wir vorbereitet und ausgerüstet haben, stehen bereits im Felde; andere werden ihnen schnell ins Ausland folgen. Die Art und Weise, wie der Aufmarsch nach Rekruten hier beanwortet worden ist, ist fast ein Wunder zu nennen. Man soll aber nicht vergessen, daß der Nachschub von Mannschaften, um die Truppenspezies im Felde auszufüllen, zu einem großen Teil von dem dauernden starken Zufluß an Rekruten abhängt. Ich bin sicher, daß wir alle davon überzeugt sind, daß die Truppen, die wir ausschicken, bis zum Ende in voller Stärke erhalten werden müssen. Um das zu erreichen, müssen wir die Zahl der Rekruten vermehren; und die Frage, wie ein genügend starker Zufluß an Mannschaften gesichert werden kann, um die Feldtruppen in voller Stärke erhalten zu können, nimmt unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch. Sie wird, wie ich hoffe, sehr bald eine praktische Lösung finden. Obwohl eine Abnahme der Rekrutenziffern wahrzunehmen ist, glaube ich doch, daß alle Stände mit rühmender Vaterlandsliebe dem Auftrage zum Militärdienste Folge geleistet haben, und ich zweifle keinen Augenblick daran, daß das Volk alle Opfer, die zu einem siegreichen Ausgang nötig sind, gerne bringen wird.

Englische Nationalsozialisten über Friedensbedingungen.

„Morning Post“ vom 9. September berichtet über eine Sitzung des sozialistischen nationalen Verteidigungsausschusses. Der Vorsitzende John Hodge führte aus: Dadurch, daß einer Sozialist ist, gibt er nicht notwendigerweise den Stolz auf seine Nationalität auf. (Beifall.) Man könnte fast glauben, daß diejenigen (gemeint ist die „Unabhängige Arbeiterpartei“), die die Verbündeten zu jeder Zeit zur Formulierung von Friedensbedingungen drängen wollen, mehr Interesse an Deutschland als an ihrem eigenen Lande hätten. (Beifall.) Deutschland ist voll Heuchelei und Lüge. Es darf keine Übereinkunft mit irgend welchen Vertretern des feindlichen Landes bestehen. Ramsay MacDonald hat erklärt, daß trotz alledem eine Abordnung nach dem Kontinent (Bernier Kongreß; bekanntlich verweigerte die englische Regierung den Paß) gesandt würde. „Nun wohl, ich als unabhängiger Sozialist und als Gewervereiner protestiere gegen solche Handlung. Wenn das die Politik ist, die sie einschlagen wollen, dann müssen wir Gewervereiner sie aus der Arbeiterpartei hinauswerfen.“

Eine von dem Parlamentsmitglied W. H. Roberts eingebrachte Resolution verurteilt die Intrigen einer kleinen Gruppe von Fanatikern als Unheil gegen die Arbeiterklasse, die Nation und die Verbündeten und protestiert gegen Friedensbedingungen, welche die politische und wirtschaftliche Freiheit Belgiens, Nordfrankreichs, Elsaß-Lothringens und Polens nicht wiederherstellen. Die Resolution wurde angenommen.

Ein stark überschätzter Beschluß.

Neuer folgend berichtet das Wolffsche Bureau von einer Sitzung der Zentralabteilung der englischen sozialistischen Partei, die folgende Entschliessung angenommen habe:

„Angeht das Beschlußes der englischen Sektion des internationalen sozialistischen Bureaus sowie der französischen und belgischen sozialistischen Parteien, keine Verhandlungen mit sozialistischen Abgeordneten feindlicher Länder anzuknüpfen, und angesichts der unbefriedigenden und zweideutigen Stellung des sozialistischen Bureaus im Haag, ferner um den Abscheu über das illonöse Verhalten verantwortlicher Mitglieder der englischen sozialistischen Partei auszudrücken, die verurteilen, den Beschluß der englischen Sektion des internationalen sozialistischen Bureaus zu umgehen, indem sie einen Abgeordneten nach Bern entsenden wollten, weigert sich die Abteilung in Verantwortung des Ersuchens der internationalen Kommission der englischen sozialistischen Partei, für diesen Zweck irgendwelchen Geldbeitrag zu leisten.“

Die Resolution bezieht sich auf eine vor ein paar Wochen ergangene Aufforderung des internationalen Komitees der W. S. P., mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer Wiederherstellung der Internationale den Spezialfonds der Partei durch besondere Geldzuweisungen zu unterstützen. Tatsächlich haben eine ganze Reihe von Ortsgruppen und Zweigver-

einen diesem Ersuchen entsprochen. Ein paar, bei denen vielleicht Rücksichten auf ihre eigene Klasse mit in Betracht kamen, verhielten sich auch ablehnend, und zu ihnen gehört die Organisation, deren Beschluß das Wolffsche Telegraphen-Bureau der deutschen Öffentlichkeit unterbreitet.

Wolff nennt sie die „Zentralabteilung der englischen sozialistischen Partei“. Tatsächlich ist es die Central London Branch, das heißt der Bezirksverein London Mitte, der am 18. September in einem kleinen Lokale 24 Naida Cole W. zu dem Entschluß gekommen ist, die gewünschte Geldunterstützung abzulehnen.

Ueber die Stimmung in der französischen Arbeiterschaft

berichtet das Züricher „Volkrecht“:

Die französische Bourgeoisie macht den französischen Sozialisten die Union sacrée so teuer wie nur möglich. Wenn man auch nicht voraussetzen kann, daß sich in der französischen Partei ein vollständiger Umschwung vorbereite, so ist jedenfalls die Haltung der französischen Parteipresse, abgesehen von der durch und durch gouvernementalen „Humanität“, eine ganz andere geworden, als noch vor wenigen Monaten. So schreibt die „Bataille Syndicaliste“:

„Niemand zeigte sich der Unternehmer arroganter und anmaßender gegenüber denjenigen, die seinen Reichtum schaffen, als gerade jetzt. Die riesigen, auf skandalöse Weise ergatterten Kriegsgewinne der Großindustriellen und Ausbeutungsspekulanten von der Sorte Baumann, Treysfus u. a. m. zeigen uns sonnenklar, daß in jedem Land — und das umrige macht keine Ausnahme — das Proletariat alle Kosten des Krieges trägt; es liefert Blut, Arbeit, Geld ohne Hintergedanken, während der Ausbeuter sich mäht und sich brutal aller in seiner Macht befindlichen Unterdrückungsmittel bedient, um das Proletariat noch mehr zu knechten.“

Es ist ganz selbstverständlich, daß die nationale Assoziation des Kapitals nie zu existieren aufgehört hat, und daß morgen, vom Augenblick des Friedensschlusses an, die kaum unterbrochenen internationalen Beziehungen der Unternehmer wieder aufgenommen werden. Man wird wieder plaudern und „arbeiten“ mit Wien, Berlin und Konstantinopel so gut wie mit London, Rom und all den anderen. Unsere kapitalistischen Mäcker werden morgen wieder Konsortien bilden mit Schneider und Krupp und werden sich mit Leichtfertigkeit und ohne Scham darüber einigen, wie die Schafe gemeinsam zu scheren seien.

Vor ein Jahr nach Friedensschluß verfloßen sein wird, wird das Kapital seine internationale Verbindung wieder hergestellt haben, um Aussperrungen und andere Maßnahmen zu organisieren, durch welche das Proletariat zu Paaren getrieben werden soll.

Aber man möchte, daß wir, die Proletarier aller Länder und aller Berufe, in dem nationalen Rahmen verbleiben, den die Regierungen uns vorschreiben wollen. Notwendigerweise müssen wir der Macht der Unterdrücker diejenige der Unterdrückten entgegensetzen. Diese Macht besteht und hat längst Proben ihrer Bedeutung abgelegt. Morgen wie gestern müssen wir die proletarische Internationale der goldenen Internationale der Kapitalisten entgegensetzen. Es ist notwendig, daß wir sobald wie möglich die Bande, die uns mit unseren Brüdern aller Länder verbunden, wieder knüpfen.“

Es darf nach diesen Ausführungen, so bemerkt das „Volkrecht“, wohl erwartet werden, daß die „Bataille Syndicaliste“ und jene Parteipresse, die mit ihr einig geht, ihr möglichstes Tun wird, um die französische Sozialdemokratie aus der Sackgasse gouvernementaler Politik heraus zu bringen.

Die Duma vertagt.

Petersburg, 16. September. (W. T. V.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Ein kaiserlicher Erlaß hat die Vertagung der Duma angeordnet. Gemäß dem kaiserlichen Erlaß vom 11. Januar 1915 wird die Duma wegen der außergewöhnlichen Umstände spätestens im November ihre Sitzungen wieder aufnehmen.

Bleibt Goremykin?

London, 16. September. (Z. N.) Der „Times“-Korrespondent in Petersburg berichtet: Die Rückkehr Goremykins aus dem Hauptquartier hat allem Anscheine nach keine Veränderung in der inneren Politik Rußlands gebracht. Aus den vorliegenden Berichten kann entnommen werden, daß der Vorige im Ministerrat vorläufig nicht in andere Hände übergehen wird. Auch steht zu hoffen, daß es mit dem Duma-Block zu keinem Konflikt kommen wird. Die „Nowoje Wremja“ wendet sich gegen die hartnäckigen Gerüchte über die bevorstehende Auflösung der Duma und bezeichnet sie als böswärtige Versuche, die Einheit in einem Augenblick zu stören, der für den inneren Frieden von höchster Bedeutung ist. Dagegen hört die „Vorszeitung“ von gutinformierter Seite, daß, wenn einige Punkte des Programms der Fortschrittler zur Besprechung gelangen, es sich zeigen werde, daß man ihre Wünsche hinsichtlich der Neubildung des Ministeriums mit einem „non possumus“ (Wir können nicht) beantworten werde. Es soll ein neuer Versuch gemacht werden, um zu einer Verständigung mit den Fortschrittler zu gelangen, sollte dieser mißglücken, so würde die Schuld an der Verwirrung der Lage in vollem Umfange der Regierung zufallen.

Die Explosion der Ohta-Werke.

London, 16. September. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. In einer Veröffentlichung, die unter der Ueberschrift „Der große Krieg“ erschienen ist, heißt es: Der Schlag, der Rußland lahmlegte, war die Explosion in der Munitionsfabrik von Ohta bei Petersburg. Es war schon lange bekannt, daß diese Explosion stattgefunden hat. Nun wird noch darauf hingewiesen, daß diese Fabrik das halbe Heer mit Munition versehen hatte und die einzige große Fabrik dieser Art in Rußland gewesen ist. Dieser Schlag hat Rußland in einem für das Land äußerst kritischen Augenblicke getroffen. Ganz Petersburg wurde durch die Explosion wie durch ein Erdbeben erschüttert. Tausende von Arbeitern verloren ihr Leben. Die ganze Fabrik wurde vernichtet.

Die Putilow-Werke erzeugen wohl ebenso gute Vellagerungsgeschütze, wie die deutschen Fabriken, aber keine Geschosse. Diese konnten nur auf dem Wege über Archangelst eingeführt werden. England und Frankreich müßten den Russen alle Munition, die sie entnehmen könnten, zur Verfügung stellen.

Englische Beurteilung der russischen Lage.

London, 16. September. (W. T. V.) Die „Times“ meldet aus Petersburg: Die Rückkehr Goremykins

aus dem Hauptquartier hat die Lage nicht gebessert. Der Wechsel im Ministerpräsidium scheint aufgeschoben zu sein. Man wird versuchen, die Vorschläge des fortschrittlichen Blocks auszuführen. Kurze Parlamentsferien sind nicht unwahrscheinlich, aber noch nicht gewiß. Man muß hoffen, daß, wie immer die Entscheidungen des Ministerrates ausfallen mögen, kein Streit entstehen werde. „Nowoje Wremja“ will den hartnäckigen Gerüchten von einer bevorstehenden Auflösung der Duma seinen Glauben schenken. Die „Vorszeitung“ meldet aus bester Quelle, daß wohl einige Punkte im Programme des fortschrittlichen Blocks in Erwägung gezogen werden mögen, daß aber der Forderung des Blocks nach Umgestaltung des Ministeriums, die nicht die Unterstützung der großen Masse der Bevölkerung habe, ein unbedingtes non possumus entgegengesetzt werden würde. Es werde neuerdings der Versuch einer Verständigung mit dem Block gemacht werden, und wenn dieser fehlschlagen sollte, würde der jetzigen Regierung die Verantwortung für die Ermöglichung des Sieges und für die notwendigen Neuerungen zufallen.

London, 16. September. (W. T. V.) Der militärische Mitarbeiter der „Times“ schreibt: Der Wechsel im Oberbefehl der russischen Armee verursacht eine gewisse Besorgnis. Wir fragen uns erstaunt, was die Ursachen und Wirkungen dieser Veränderungen sein können. Ein neuer Befehlshaber sucht natürlich den Vorgänger zu übertreffen, er wählt oft andere Wege, kennt viele Schwierigkeiten der Lage nicht und setzt sich und die Truppen leicht vermeidbaren Enttäuschungen aus. Der russische Widerstand scheint, seitdem Alexejew Chef des Generalstabes geworden ist, hartnäckiger geworden zu sein. Es scheint, daß die russische Heere unter dem Jaren eher brechen als biegen werden. Aber das kann ein vorübergehender Eindruck sein. Der Mitarbeiter sagt schließlich: Der Angriff im Norden ist der gefährlichste, und wenn er nicht aufgehalten werden kann, werden die russischen Ergebnisse bei Tarnopol keine bedeutenden Nachwirkungen haben.

Zur Dumba-Affäre.

Haag, 16. September. (W. T. V.) Der „Nieuwe Courant“ meldet aus New York: Da das drahtlose Ersuchen des Botschafters Dumba, ihn mit Urlaub abzuberufen, gestern in den Mätern erschien, erhob im Namen Dum bas der deutsche Botschafter Graf Bernstorff beim Staatssekretär Lansing dagegen Einspruch und wies darauf hin, daß diese Mitteilung Dumbas auf ungesetzliche Weise in die Hände der Presse geraten und ohne Berechtigung veröffentlicht worden sei. Lansing sprach seine Entrüstung über den Vorfall aus und versprach, die Angelegenheit dem Justizdepartement vorzulegen. Der deutsche Botschafter versicherte, daß auch amtliche Briefe Dumbas mehrmals unterschlagen worden seien.

Fortsetzung der Verhandlungen über den „Arabic“-Fall.

New York, 16. September. Vom Privatkorrespondenten des W. T. V. Nach übereinstimmenden Berichten, die hier vorliegen, hat die amerikanische Regierung die Absicht, die deutsche Aufzeichnung über die Verletzung der „Arabic“ zu untersuchen und zu beantworten. Sie steht auf dem Standpunkte, daß die unvermittelte Veröffentlichung von Noten, die immerzu mißverstanden werden und nur Erregung hervorrufen, nicht zweckmäßig ist. Die amerikanische Regierung wünscht vielmehr die Angelegenheit in vertraulichen Besprechungen zwischen dem Staatssekretär Lansing und dem Botschafter Grafen Bernstorff friedlich zu regeln.

Die englisch-französische Anleihe in Amerika.

New York, 16. September. (W. T. V.) (Von dem Privatkorrespondenten von Wolffs Telegraphischem Bureau.) Der Feldzug gegen eine englisch-französische Milliardenanleihe scheint heute das ganze Land ergriffen zu haben. Mitglieder der englisch-französischen Finanzkommission erhielten Drohbrieve, die der Polizei übergeben wurden.

Washington, 16. September. (W. T. V.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Staatssekretär Lansing hat auf Anfragen erklärt, die beabsichtigte Anleihe für die Alliierten sei keine Verletzung des Völkerrechts. Früheren Anleiheversuchen habe die Regierung widersprochen, weil sie öffentlich zur Zeichnung aufgelegt werden oder den Vereinigten Staaten durch sie große Goldbeiträge entzogen werden sollten. Die jetzige Anleihe sei aber eine Kreditanleihe zur Bezahlung von Forderungen amerikanischer Bürger, und die Regierung sehe sie ebenso, wie den Handel mit Waren, als private kaufmännische Transaktion an; über solche übten aber neutrale Regierungen niemals eine Kontrolle aus.

Letzte Nachrichten.

Der Zeppelin-Angriff auf London.

Amsterdam, 16. September. (W. T. V.) Das „Handelsblad“ erfährt von einem seiner Leser folgende Einzelheiten über den letzten Zeppelin-Angriff auf London. Danach war der Angriff mit Brand- und Explosivbomben sehr ernsthaft. Unter anderem wurde das Gelände getroffen, in dem das niederländische Konsulat untergebracht ist, ferner ein Omnibus, der bei einem Bahnhof der City mit 3 Fahrgästen, dem Chauffeur und dem Schaffner vollständig geräumert wurde. Aus den Schauern, die von Brandbomben getroffen waren, wurden die verholzten Leichen von Männern, Frauen und Kindern hervorgeholt. Unter den 106 Opfern befanden sich vier Soldaten. Als um 10 Uhr 55 Minuten die erste Bombe fiel und die Kanonen auf das Luftschiff zu feuern begannen, wurden die Besucher der Theater sofort erucht, die Gebäude zu verlassen. Die Dächer wurden ausgelöscht; nirgends entstand eine Panik. Sobald einer der an verschiedenen Stellen der Stadt aufgestellten Scheinwerfer das Luftschiff gesunder hatte, bereitigten alle Scheinwerfer ihre Lichtkegel auf den Zeppelin, der in großer Höhe idwobend, deutlich sichtbar war und wie eine Aluminiumgitarre ausah. Das ganze Schauspiel dauerte 10 bis 15 Minuten, worauf die Ruhe im Publikum sofort wiederkehrte. Die getroffenen Straßen wurden sofort durch Brettergänge abgesperrt. Die folgenden Tage bis zum Sonntag war die City voller Menschen, die herbei kamen, um den angerichteten Schaden zu besichtigen. Der Gewährsmann des „Handelsblad“ versichert, daß bei allen bisherigen Luftangriffen kein einziger militärisch wichtiger Punkt getroffen worden sei. Die Versicherungsgesellschaften, die gegen durch Zeppeline angerichtete Schäden versichern, würden von Menschen überlaufen.

Bewerkschaftliches.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker nach einem Kriegsjahr.

Durch den Weltkrieg wurde besonders das Lithographie- und Steindruckergewerbe hart getroffen. Schon seit einer Reihe von Jahren hatte es unter einer schweren wirtschaftlichen Depression zu leiden. Anfang des Jahres 1914 setzte eine Besserung ein, die aber durch den plötzlich ausgebrochenen Krieg zunichte gemacht wurde. Die Arbeitslosigkeit stieg ins Ungeheuerliche; Ende August 1914 hatte der Verband die größte Arbeitslosigkeit seit seinem Bestehen zu verzeichnen. 6095 Mitglieder — 53,2 Proz. waren vollständig arbeitslos, 3108 konnten nur halbe Tage und weniger arbeiten und nur 2717 hatten volle Beschäftigung. Daneben wurde im Laufe des Monats August beinahe der vierte Teil aller Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen. Dies kam beinahe einem völligen Zusammenbruch des Verbandes gleich, weshalb der Verband seine statutarischen Unterstufungen außer Kraft setzen mußte und nur eine Arbeitslosen-Roststandsunterstützung zahlen konnte. Allmählich ging die Arbeitslosigkeit zurück; viele Mitglieder fanden in der Kriegsindustrie Beschäftigung. Auch bewirkte die weitere Einziehung vieler Mitglieder zum Militär den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit konnten am 17. April eine Reihe Unterstufungen eingeleitet werden, und seit 1. August sind wieder einige Verbesserungen eingetreten, indem Reise-, Arbeitslosen-, Umzugs- und Krankenunterstützung jetzt wieder bis zu dem im Statut vorgesehenen Höchstbeträgen gezahlt werden, allerdings in verkürzten Wochenätzen, so daß dadurch die Bezugsdauer verlängert ist. Trotz der Kürzungen der Unterstufungen wurden im abgelaufenen Kriegsjahr, vom 1. August 1914 bis dahin 1915 331 188 M. für Unterstufungen ausgezahlt. Die Einnahme an Beiträgen betrug jedoch nur 361 170 M., während im vorhergehenden Friedensjahre, vom 1. Juli 1913 bis 1. Juli 1914, an Beiträgen 1 013 641 M. eingingen. Die Einnahmen im ersten Kriegsjahre betragen also ungefähr nur den dritten Teil der in Friedenszeiten. Bei aller erdenklichen Fürsorge, die der Verband den Dabeingeblichen, in Not Geratenen angedeihen ließ, hat er seine im Kriege befindlichen Mitglieder nicht vergessen. Weil viele von den Zurückkehrenden nicht sofort Arbeit finden werden und daher vom Verband unterstützt werden müssen, wurde durch die Maßnahmen des Verbandes schon wieder ein Fonds angesammelt. — Es ist erfreulich, daß der Verband diese schwere Zeit bisher so überstanden konnte und es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß er nach Kriegsende seine Verpflichtungen wieder voll erfüllen kann.

Eine mißlungene Tarifbewegung.

Von den Stettiner Gastwirtsgehilfsvereinen war den dortigen Gastwirten ein Tarif unterbreitet, der die jetzt bestehenden Sätze festlegen sollte. Die Anregung ging eigentlich von den Unternehmern selbst aus. Die beiden Gastwirte, der Stadtverordnete Meier und Hotelier Hinge, hatten in einer Sitzung des Kuratoriums für den Facharbeitsnachweis sich dahin geäußert, daß in dieser schweren Zeit ein Handhinarbeiten zwischen Prinzipal und Angestellten besonders geboten sei. Die Gehilfen waren der Meinung, daß dieses burgfriedliche Verhältnis gar nicht besser zu erreichen sei, als durch die Aufstellung bestimmter Regeln in Arbeits- und Lohnverhältnissen. In einer öffentlichen Versammlung vom 25. Juni wurde in Anbetracht der außerordentlich schlechten Lohnverhältnisse der Beschluß gefaßt, den von den Vorständen der Stettiner Gehilfsvereine ausgearbeiteten Tarifentwurf der Gastwirteinnung zur Annahme zu unterbreiten. Als Vorsitzender einer Tarifkommission wurde von den Gehilfen der Stadtrat Dr. Behm in Vorschlag gebracht. Der Entwurf wurde der Innung am 2. Juli unterbreitet.

Die Bescheiden der Forderungen der Gastwirtsgehilfen waren, mag man aus der folgenden grundlegenden Bestimmung des vorgeschlagenen Tarifes ersehen:

„Bestangestellte Kellner erhalten monatlich 30 M. In Geschäften, wo Kost gewährt wird, bleibt dieselbe bestehen, kann jedoch mit 1 M. pro Tag abgelöst werden.“

Am 29. Juli wurde nun in der Innungsversammlung über die Eingabe verhandelt, sie wurde unter schweren Vorwürfen gegen die Gehilfen abgelehnt. Es läge keine Berechtigung zu solchen Forderungen vor, im übrigen wurde mit schwarzen Listen gedroht. In der gleichen Monatsversammlung diskutierten die Herren von der Innung auch über die Frage der weiblichen Bedienung. Auf ein entsprechendes Wittgesuch an das Generalkommando, so heißt es in dem Bericht über die Innungsversammlung weiter, ist eine Antwort noch nicht erfolgt, wahrscheinlich infolge der Gegenvorstellungen seitens der Kellnerverbände. Zur Unterstützung des von der Innung eingebrachten Gesuches ist auch der Tarifvertrag dem Generalkommando eingereicht worden. Darauf ist an die Innung die Abschrift eines den Kellnerverbänden vom Generalkommando ausgestellten Schreibens gelangt. So war an den Verband der Gastwirtsgehilfen am 23. Juli folgendes Schreiben vom stellvertretenden Generalkommando des 2. Armeekorps eingegangen:

„Es ist zur Kenntnis des stellvertretenden Generalkommandos gekommen, daß die Kellner und Gastwirtsgehilfen an die Gastwirteinnung zu Stettin mit dem Vorschlage eines neuen Tarifvertrages herantreten sind. Wenn die Kellner unter

Ausbeutung der Zwangslage der Gastwirte von ihren Forderungen nicht Abstand nehmen und nicht unter den bisherigen Bedingungen weiterarbeiten, wird das stellvertretende Generalkommando die Einstellung weiblicher Bedienung gestatten.“

Die Angestelltenverbände sandten dem Generalkommando hierauf folgendes Schreiben zu:

Stettin, den 28. 7. 15.

Antwortschreiben vom 23. d. Mts. erlauben sich unterzeichnete Vereine folgendes zu erwidern: Die wirtschaftliche Lage der gastwirtschaftlichen Angestellten ist augenblicklich eine außerordentlich schlechte, da in den meisten

Geschäften kein Lohn bezahlt wird und die Einnahmen an Trinkgeldern durch die Einberufungen zum Heeresdienst bedeutend geringer geworden, hinzu kommt noch eine Steigerung der Steuern sowie der Lebensmittelpreise. In der am 8. Juni stattgehabten Sitzung des Kuratoriums für den städtischen paritätischen Arbeitsnachweis machten die Herren Stadtverordneter Meier und Hotelier Hinge, beide Mitglieder der Gastwirteinnung, den Vorschlag eines engeren Handhinarbeitens zwischen Arbeitgeber und -nehmer. Dieses nahmen die Kellner zum Anlaß, der Stettiner Gastwirteinnung den Entwurf eines Tarifvertrages zu unterbreiten und gleichzeitig um Verhandlungen zu bitten. Eine Ausbeutung der Zwangslage der Gastwirte ist nicht beabsichtigt, sondern waren die beteiligten Vereine der Ansicht, diese Frage auf dem Wege der friedlichen Verhandlung zu erledigen. Ein Beweis hierfür wird sein, daß der Dezernent des städtischen Arbeitsamtes, Herr Stadtrat Dr. Behm, die Vermittelung in dieser Frage übernommen hat, was dieser Herr gewiß nicht machen würde, wenn er wüßte, daß in diesen schweren Zeiten wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen in Aussicht gestellt würden. Zu jeder weiteren mündlichen Auskunft sind wir gern bereit und bitten höflich um Angabe von Zeit und Ort.

Zur besseren Orientierung erlauben wir uns, je eine Abschrift des Tarifentwurfes sowie das Anschreiben an die Stettiner Gastwirteinnung beizufügen.

Mit aller Hochachtung ergebenst (folgt die Unterabschrift von drei Vereinen.)

Ob diese Zuschrift die Auffassung und die Stellungnahme des stellvertretenden Generalkommandos zu ändern vermochte, ist uns nicht bekannt geworden. Der Abschluß eines Tarifvertrages aber scheiterte an dem Widerstand der Stettiner Gastwirteinnung.

A. Wertheim

G. m. b. H.

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat

Soweit Vorrat

Fleisch

- Roastbeef mit Knochen . . . Pfund 1 M.
- Rinderkamm Pfund 95 Pf.
- Rinder-Querrippe Pfund 95 Pf.
- Gehacktes Fleisch Pfund 1 M.
- Ochsenschwanz Pfund 80 Pf.
- Pökelrinderzunge Pfund 1.20

Fische

- Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen 50 Pf.
- Seelaohs Pfund 40 Pf.
- Dorsch (kleine Kabeljau) . . Pfund 16 Pf.
- Schellfisch Pfund 28 u. 55 Pf.
- Makrelen 2 Stück 25 Pf.
- Rotzungen Pfund 50 Pf.
- Klippfisch in ganzen Fischen, Pfund 50 Pf.
- Lebende Aale . Pfund 1.25 bis 1.60
- Lebende Karpfen Pfd. 1.10 und 1.20

Wurstwaren

- Zervelat- u. Salamiwurst . Pfund 2.50
- Plockwurst Pfund 2.40
- Teewurst Pfund 2.50
- Rollschinken 6—8 Pfd., Pfd. 2.80
- Mausschinken 2-3 Pfd., Pfd. 2.60
- Schinkenspeck in Stücken v. 1 1/2-4 Pfd., Pfd. 2.60
- Preßkopf in Stücken von etwa 1 Pfund Pfund 1.40
- Gekochter Schinken in Stücken v. etwa 1 Pfd., Pfd. 2.50
- Jagdwurst Pfund 2 M.
- Landleberwurst . . . Pfund 1.50
- Rotwurst . . . Pfund 1.70 1.30

Geflügel

- Gänse Pfund 1.35 u. 1.45
- Enten Pfund 1.70 u. 1.90
- Suppenhühner . . . Pfund 1.80
- Rebhühner Stück 1.45 u. 1.95

Butter und Käse

- Tisch- u. Tafelbutter Pfd. 2.08 u. 2.12
- 1/2-Pfund-Pakete 1.04 u. 1.06
- Pflaumenmus . . . Pfund 52 Pf.
- Edamer Käse Pfd. 1.20 Limburger 80 Pf.
- Harzer Käse Kiste 100 Stück 3.10

Obst und Gemüse

- Eß- u. Kochäpfel . Pfund 10 Pf.
- Rostocker Äpfel . Pfund 13 Pf.
- Eßbirnen 2 Pfund 25 Pf.
- Brüsseler Trauben Pfund 65 Pf.
- Zitronen . Dtzd. 50 60 70 Pf.
- Grüne Bohnen . 2 Pfund 35 Pf.
- Tomaten Pfund 25 Pf.
- Blumenkohl Kopf 18 23 26 Pf.
- Sellerie Kopf 18 Mohrrüben 3/4 25 Pf.
- Rot- u. Wirsingkohl . Pfd. 7 Pf.
- Zwiebeln 2 Pfund 25 Pf.

Räucherwaren

- Kieler Bäcklinge 3 Stck. 20 u. 3 Stck. 25 Pf.
- Sprott-Bäcklinge Pfund 90 Pf.
- Aale Bund 55 Pf.
- Brat-Schellfische . . . 4-Liter-Dose 2.90

Kolonialwaren

- Kaiser-Auszug Ersatzmehl zur Bereitung von Kuchen . . Pfund 60 Pf.
- Maisgrieß zur Bereitung von Speisen Pfund 40 Pf.
- Schnitt-Nudeln ungegärt, mit Eizusatz, Pfund 88 u. 78 Pf.
- Makkaroni Pfund 88 u. 78 Pf.
- Olympia-Bouillon-Würfel Dose 10 20 50 100 500 Stück 33 Pf. 65 Pf. 1.50 2.90 14 M.
- Puddingpulver mit verschiedenem Geschmack . 6 Pakete 55 Pf.
- Grießpudding mit verschied. Geschmack . . . 6 Pakete 65 Pf.
- Kunstgelee m. verschiedenem Geschmack 2 Pakete 45 Pf.
- Saucenpulver mit Vanille-Geschmack . . . 2 kleine Pakete 17 Pf.
- Saucenpulver mit Vanille-Geschmack . . . 1/2-Pfund-Paket 33 Pf.
- Rote Grützepulver mit verschiedenem Geschmack, 6 Pak. 65 Pf.

Salzfische

etwa 23% Eiweißgehalt. Kostproben 11—1 und 5—7 Uhr Pfund 35 Pf. 40 Pf. 45 Pf. in ganzen Mitteltück. Verkaufsstelle der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft

Herbst- und Winter-Kleidung

Sonder-Preise

Freitag und Sonnabend

Herren:

- Morgenjoppen (Hausjoppen) 13 M. 15 M.
- Beinkleider dunkle Streifenmuster 7.25 8.50
- Gummi-Mäntel 29 M. 32 M.
- Militär-Regenhautmäntel mit Reitschlitze . 18.50
- Militär-Regenhautwesten 5.50
- Militär-Unterzieh-Westen mit Aermel, wasserfestem Stoffbezug, warm gefüttert 13.50

Als Feldpostbriefversendbar

Ständiger Verkauf:

- Offizier-Mäntel, Pelerinen, Röcke, Reit- u. Stiefelhosen.



Mantel aus halbem Winterstoff, neue Verarbeitung, warm gefüttert für etwa 5-7 8-10 11-14 Jahre 12.25 13.75 15.50

Kurzer Mantel aus gutem, halbem, blauem Cheviot gefüttert, Aermel mit Stickerel, Kragen mit Abzeichen für etwa 2-4 5-7 8-10 Jahre 10.50 12 M. 13.50

Schlupfanzug aus modernem, halbem Stoff, mit weißem abknöpfbarem Kragen, Beinkleid gefüttert für etwa 3-5 6-8 9-12 Jahre 9.25 10.50 12 M.

Jünglingsanzug besond. bill., soweit Vorrat, a. blauem Stoff, 2reih. Form für etwa 12-14 15-17 Jahre 16.50 19 M.

Knaben:

- Beinkleider aus oliv geripptem, baumwoll. Sammet für etwa 3-5 6-9 10-12 13-14 Jahre 2.75 3 M. 4 M. 4.50
- Schlupfanzug aus marineblauem Stoff, mit reicher Garnierung für etwa 3-5 6-8 9-12 Jahre 6.50 8 M. 9.50
- Mantel aus gutem Winterstoff, Rücken mit Gurt, Aermel mit Spange für etwa 5-7 8-10 11-14 Jahre 13.25 16 M. 19 M.
- Kurzer Mantel aus blauem Cheviot, gefüttert, Kragen mit Abzeichen, Aermel mit Stickerel für etwa 2-4 3-7 7.25 8.75 Nur Leipziger Straße.
- Mantel aus braunen Winterstoffen, gefüttert, Rücken m. Gurt, Aermel m. Spange für etwa 5-7 8-10 15 M. 17.25 Nur Leipziger Straße.

Fortsetzung des Angriffs im Osten.

Von Richard Gädle.

Die Verlangsamung, die die deutsche Offensive gegen Osten etwa vom 4. September an erfahren hat, ist sehr erklärlich. Die Zerstörung der Bahnen und besonders ihrer Brücken ist der nächstliegende Grund. Die Geranzführung alles Nachschubs mußte damit große Verzögerungen erleiden. Unsere Heere haben sich mehr und mehr zusammengedrängt; wenige Bahnen müssen ihnen alle Bedürfnisse herbringen. Im wesentlichen werden für die acht deutschen Armeen des Nordostens zunächst nur vier durchgehende Linien zur Verfügung stehen. Königsberg—Kowno, Thorn—Lyd—Wlajstok, Warschau—Wlajstok, Zwangorod—Brest-Litonsk. Womit nicht gesagt ist, daß sich die Zahl dieser Subringerlinien nicht noch vermehren ließe. Aber selbst jene vier werden schwerlich schon bis jetzt unmittelbar hinter die Front führen. Die Landstrassen aber werden schlechter, je weiter man vordringt und je weiter die Jahreszeit vorrückt. Der Erfah für den täglichen Abgang an Toten, Verwundeten, Kranken muß ebenfalls herangeführt werden. Wenn die Russen in ihren letzten Berichten unseren Verlust auch tendenziös übertreiben — sie behaupten Dinge, die sie gar nicht wissen können —, so wäre es doch lächerlich zu leugnen, daß diese täglich fortgesetzten Kämpfe gegen einen Gegner, der nur Schritt vor Schritt weicht, auch uns blutige Opfer kosten müssen.

Es ist also klar, daß in den Vormarsch immer wieder Operationspausen gelegt werden müssen, damit die eigene Truppe nicht ausgepumpt wird. Auch das ist nicht verwunderlich, daß die Verzögerung sich besonders deutlich auf den Flügel des Vormarsches ausprägt: im Norden zwischen Düna und Wilja, im Süden an der Seretiblinie. Denn dort haben die Russen seit geraumer Zeit alle Verstärkungen geworfen und dort ihren Widerstand von Tag zu Tag verdichtet. Ganz richtiger Weise! Sie wollen die verbündeten Heeresfronten verhindern, die äußere Flanke ihrer großen Verteidigungsfront zu gewinnen. Denn darin läge für sie eine viel größere Gefahr, als in der sogenannten Trennung ihres Heeres in zwei große Gruppen durch die Stämpfe der Kolosse.

Bisher ist es ihnen geglückt, die Umfassung ihrer Flügel den Gegnern zu verwehren. Im Norden haben sie eine starke, vorträgebogene Flanke zwischen Riga und Düna gebildet, die sich noch immer südlich und westlich der Düna zu halten vermochte; und dadurch haben sie entscheidende deutsche Fortschritte in dieser für sie besonders gefährlichen Richtung verhindert.

Seit dem letzten Sonntag scheint nun allerdings unser Angriff in diesem weiten Gebiete wieder in rascheren Fluß zu kommen. Die Russen behaupten, daß große deutsche Verstärkungen hier eingetroffen seien, geben aber im übrigen ihre rückgängigen Bewegungen zu. Einen besonders heftigen Widerstand haben sie zwischen Wilna und Grodno geleistet; auch hier scheint er nunmehr gebrochen zu sein. Uebrigens hat man auf diesem Kampfesfelde ein Beispiel vor sich, daß die russischen Berichte den unseren scheinbar widersprechen können, ohne darum etwas bewußt Unwahres zu behaupten.

In seiner Veröffentlichung vom 11. September sagt das russische Hauptquartier über die Kämpfe östlich Grodno: „Wir warfen diese Angriffe mehrmals mit dem Bajonet zurück. Skid el und das nordwestlich davon gelegene Niekrasza konnten erst nach hin- und herwogenden Kämpfen von uns in der Nacht endgültig erobert werden.“ Es ist ganz klar: Der russische Bericht ist früher abgefaßt und gibt eine für seine Waffen günstige Episode aus dem nach dem deutschen Bericht hin- und herwogenden „Kampf“ wieder; der deutsche, als der spätere, übermittelt uns den endgültigen Ausgang. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß wir die russischen Berichte um einen Tag später als die deutschen erhalten, so werden wir in den meisten Fällen die Widersprüche zwischen beiden aufzuklären vermögen.

Das wird in gewissem Maße auch für die hartnäckigen und mehrtägigen Kämpfe auf dem Südfügel, um Larnopol und Trembowla am Sereth, gelten dürfen. Die Russen, die am 8. September die Niederlage von zwei deutschen Divisionen meldeten, scheinen sich diesmal — abgesehen von einer geflüchteten Uebertreibung ihres Erfolges — hauptsächlich in der „Jirna“ geirrt zu haben. Die deutsche Verächtigung betont dann auch nur, „kein deutscher Soldat ist auch nur einen Schritt gewichen.“ Im übrigen aber geben die deutschen wie die österreichischen Mitteilungen unumwunden zu, daß die fünfjährigen Kämpfe vom 7. bis 12. September den russischen Waffen einen Vorteil gebracht haben: die Front der Verbündeten am mittleren Sereth ist um mehrere Kilometer auf die Höhen östlich der Strpa zurückgenommen worden. Die Armeen Böhm-Ermoll und Graf Bothmer sind zeitweise in die Verteidigung zurückgefallen. Die Entscheidung muß nun von den weiteren Fortschritten der Armee Puhalko und des linken Flügels Böhm-Ermoll im Norden, der Armee Pflanzer-Baltin im Süden gebracht werden. Besonders im Norden dauert die Offensive über Dubno hinaus auf Kowno fort; sie muß schließlich ihre Rückwirkung auf die heftigen Kämpfe in der Mitte ausüben, wenn es ihr glückt, durchzubringen.

Es kann wunderbar scheinen, daß die Russen gerade hierhin so erhebliche Verstärkungen geworfen haben und hier seit Monaten zum ersten Male aus der Verteidigung wieder zum Angriff übergehen. Denn die Entscheidung des Gesamtfeldzuges wird aller Voraussicht nach im Norden fallen. Wahrscheinlich sind hierfür mehr politische als militärische Gründe maßgebend gewesen. Sie wollen erstens wohl das letzte Stück galizischen Bodens — der späteren Abrechnung wegen — behaupten; sie möchten ferner Kiew, die kleinrussische Hauptstadt, schützen, des moralischen Prestiges wegen. Die dritte Hauptstadt des Reiches soll nicht in die Hände des Gegners fallen. Und endlich mag der außenpolitische Grund einwirken, daß sie Bessarabien, das Grenzland gegen Rumänien hin, nicht aufgeben möchten. Daß sie aber selbst durch ein siegreiches Vorgehen gegen Lemberg noch instande wären, die Offensive der Deutschen auf Wilna und Rinsl zu erschüttern, werden sie kaum glauben. Inmehrin muß man die Energie anerkennen, die sie hier entwickeln. Sie widerspricht auch der Annahme, daß das russische Heer als Ganzes sich schon geschlagen fähle; offenbar vielmehr sind seine Bestandteile sehr verschiedenwertig. Neben einzelnen Armeekorps, die sich mit hervorragender Tapferkeit schlagen, gibt es andere, die beim ersten Anlauf der Deutschen die Waffen fortwerfen. Die Heeresleitung aber scheint den Rückzug nicht mehr fortsetzen, sondern eine neue allgemeine Schlacht annehmen zu wollen. Die Entscheidung in einer solchen würde dann allerdings wohl von weittragender Bedeutung werden.

Neben den Ereignissen im Osten verschwinden nach wie vor die Ereignisse auf allen anderen Kriegsschauplätzen. Wenn Franzosen wie Engländer alles Unheil noch immer auf ihren Mangel an Munition schieben, so ist das gerade herausgesagt eine sehr durchsichtige Auskunft. Tatsächlich gehen sie mit ihren Geschossen weit verschwenderischer um, als die deutschen Truppen; bei allen ihren Angriffen, großen wie kleinen, eröffnen sie ein Höllenfeuer — soviel als die heiß werdenden Mörde nur irgend gestatten. Die Gewalt dieses Feuers ist kaum mehr zu überbieten, die Geschütze geben alles her, was sie mit ihren augenblicklichen Ladevorrichtungen an Mächtigkeit des Feuers leisten können. Der Ruf nach mehr Geschützen und Schießbedarf ist weiter nichts als die Entschuldigung für die Untätigkeit, für die Entschlußlosigkeit des Feldherrn. Warum die Franzosen aber so ruhig und mitteillos zuschauen,

wie die Russen einmal über das anderemal geschlagen werden, ist nicht leicht zu sagen. Joffre ist doch ein zu einsichtiger Feldherr, um nicht zu sehen, daß hieraus schließlich für seine eigene Sache ein nicht mehr gutzumachender Schade entstehen muß. Denn die Rechnung, daß selbst unsere Siege im Osten uns schließlich so schwächen müßten, daß wir im Westen zur Entscheidung unfähig würden, hat mehr als ein Loch. Wenn sie es jetzt nicht wagen, uns dort anzugreifen; welche Aussichten können ihnen noch blühen, wenn wir erst vom Osten Kräfte nach dem Westen überführen können — es seien nun sehr viele oder weniger!

Man kann also nur feststellen, daß der Gegner sich zurzeit nicht für stark genug hält, uns mit Hoffnung auf Sieg anzugreifen, und daß er nur die vage Hoffnung hegt, daß die Zeit für den Vierverband arbeite. Warum eigentlich? Möglich, daß er inzwischen Kräfte sammelt, daß er noch auf die Unterstützung durch ein italienisches Heer hofft, oder immer noch glückbringende Zwischenfälle auf dem Balkan erwartet. Wir können seine geheimen Gründe nicht erraten, wohl aber uns der Sachlage freuen, die seine Untätigkeit für uns schafft. Je gründlicher wir im Osten abrechnen können, desto klarer wird der Himmel auch im Westen.

Politische Uebersicht.

Beschlüsse des Bundesrats.

In der Sitzung des Bundesrats am Donnerstag gelangten zur Annahme: der Entwurf einer Bekanntmachung über die Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffelroderei sowie der Kartoffelstärkefabrikation, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Regelung des Abfahes von Erzeugnissen der Kartoffelroderei und der Kartoffelstärkefabrikation, der Entwurf einer Bekanntmachung über das Außerkräfttreten der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffelroderei sowie der Kartoffelstärkefabrikation vom 25. Februar 1915, und der Entwurf einer Bekanntmachung wegen Verarbeitung von Kartoffeln in Getreidebrennereien im Betriebsjahre 1915/16. Dem vom Reichstag angenommenen Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Gesetzes betreffend die Unterstüfung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888 wurde zugestimmt.

Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Berlin, 16. September. (W. L. B.) Im Landeshaus der Provinz Brandenburg ist heute nachmittag in einer Versammlung von Vertretern der deutschen Bundesstaaten ein Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge gegründet worden, der den Landesdirektor der Provinz Brandenburg v. Winterfeldt zu seinem Vorsitzenden wählte. Als Kommissar des Reichsamts des Innern wohnte Geheimrat Regierungsrat Klehmet der Besprechung bei. Namens des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern erklärte Geheimrat Regierungsrat Klehmet, daß der Staatssekretär gerne einen Vertreter zur Gründungsitzung des Reichsausschusses entsandt habe, und daß der Ausschuß der wohlwollenden Unterstützung der Reichsregierung sicher sein könne. Landesdirektor v. Winterfeldt schloß die bedeutungsvolle Versammlung mit dem lebhaften Wunsche, daß das hohe Ziel, die Kriegsbeschädigten wieder zu tüchtigen und nützlichen Mitgliedern unseres Volkes zu machen, voll erreicht werden möge.

„Es wird erwogen!“

Wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, wurden an den zuständigen Stellen neue Maßregeln zur Bekämpfung der herrschenden Teuerung erwogen. Die Zahl der zur Beratung stehenden Vorschläge ist sehr groß. Man dürfte sich, von anderem abgesehen, für diejenigen entscheiden, die darauf abzielen, daß eine amtliche Untersuchung der Preise geschaffen wird. Eine Untersuchung, durch die der Einkaufspreis der verschiedenen Nahrungsmittel festgestellt und durch die weiter erwogen wird, ob der Verkaufspreis zu dem Einkaufspreis in einem angemessenen Verhältnis steht. Außerdem haben die günstigen Erfahrungen, die verschiedene Gemeinden mit dem Unternehmen gemacht haben, dazu angeregt, die Versorgung ihrer Mitglieder mit Nahrungsmitteln selbst in die Hand zu nehmen. Denn der herrschenden Teuerung durch andere Mittel nicht beizukommen ist, werden noch viele andere Gemeinden die Versorgung ihrer Mitglieder mit Nahrungsmitteln selbst durchführen.

Hoffentlich führen diese Erwägungen, die recht spät einsetzen, bald zu greifbaren Zielen. Die Lebensmittelteuerung ist heute derart, daß weite Kreise bittere Not leiden.

Eine Verfügung über die russischen Arbeiter.

erläßt der stellvertretende Inkommandierende General des 9. Armeekorps in Altona. In Verbindung mit dem Verbot, russischen Arbeitern Eisenbahnfahrkarten zu verkaufen, wird bestimmt:

Nach Maßgabe des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1881 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft:

- a) Russische Arbeiter, die sich einer Unbotmäßigkeit oder einer Widerspenstigkeit gegen die Arbeitgeber oder deren Vertreter schuldig machen,
 - b) alle Personen, die sich der Aufwiegelung oder Aufhebung russischer Arbeiter zum Zuwiderhandeln gegen ein obrigkeitliches Gebot oder gegen eine Anordnung der Arbeitgeber schuldig machen, desgleichen, wer in aufrührerischer oder außeberischer Weise Mißvergnügen oder Unzufriedenheit in bezug auf die gegenwärtige oder zukünftige Regelung des Arbeitsverdienstes oder über die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges getroffenen obrigkeitlichen Anordnungen zu erregen sucht.
- Die bei einer Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften Betroffenen sind festzunehmen.
- Den Behörden wird ein nachdrückliches Einschreiten gegen jede Verletzung der im Lande zurückgehaltenen Russen zur besonderen Pflicht gemacht.

Arbeitsgelegenheit für die aus dem Felde zurückkehrenden Krieger.

In Augsburg hat die sozialdemokratische Ratshausfraktion an das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten folgenden Antrag gestellt:

- Der Magistrat ist zu ersuchen:
- 1. Jetzt schon die nötigen Vorarbeiten zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit sowohl im Hoch- wie im Tiefbau treffen zu lassen, damit einer eventuell eintretenden Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden kann;
- 2. die Staatsministerien und die Kreisregierung zu ersuchen, die von diesen Stellen projektierten Arbeiten für den Fall einer Arbeitslosigkeit bereit zu halten und für möglichst ausreichende Arbeitsgelegenheit Sorge zu tragen;

3. einen Aufruf an die Arbeitgeber und die Bevölkerung von Augsburg und Umgegend zu erlassen, in welchem um Bereitstellung von Arbeiten aller Art ersucht wird.

Das Gemeindefolgekollegium hat den Antrag dem Magistrat zur Würdigung überwiesen, und der Magistrat nahm ihn einstimmig an und beauftragte das Bauamt, sofort geeignete Projekte auszuarbeiten und baldigst in Vorlage zu bringen.

Der Konsumverein als Helfer.

In Striegau i. Schl. erklärten die Fleischermeister öffentlich, sie hätten beschlossen, in Zukunft keine Schweine mehr einzulaufen und zu schlachten, da das Geschäft nicht mehr genug Gewinn abwerfe, sondern nur Verluste bringe. Daraufhin hat der Arbeiterkonsumverein Striegau beschloffen, das Abschachten der Schweine sofort selbst in die Hand zu nehmen und hat mit dem Verkauf des Fleisches schon begonnen.

Neue Wählerinnen in Norwegen.

Am 11. Juni 1913 erweiterte das norwegische Storting das bis dahin an die Steuerleistung gebundene Wahlrecht der Frauen, und in diesem Jahre werden sie nun zum erstenmal unter dem allgemeinen Wahlrecht wählen können. Man glaubt, daß auf diese Weise 250 000 neue Wählerinnen geschaffen werden, so daß die Zahl der wahlberechtigten Frauen etwa auf 550 000 steigen würde. Bei den letzten kommunalwahlen im Jahre 1910 gab es 519 720 stimmberedigte Frauen, aber das kommunale Wahlrecht enthält die beschränkende Vorschrift der zweijährigen Ortsanwesenheit, während das Stortingswahlrecht nicht an eine solche Aufenthaltsdauer geknüpft ist.

Bisher hat nur einmal eine Frau, die liberale Lehrerin Anna Rogstad, die als „Ersatzabgeordnete“ gewählt wurde, an der parlamentarischen Arbeit teilnehmen können, und zwar auch nur eine kurze Zeit, nämlich 14 Tage, als der konservative Stortingabgeordnete General Braatle erkrankt war. Ob die norwegischen Frauen in diesem Jahre Sitze im Parlament erringen werden? Jedenfalls darf man sicher sein, daß sie sich eifrig an den Wahlen beteiligen werden. Als sie im Herbst 1903 das erste mal zur Wahlurne schritten, gaben 55,29 Proz. der wahlberechtigten Frauen ihre Stimme ab, gegenüber 67,47 Proz. bei den Männern. Die Ziffern von den letzten Wahlen im Jahre 1912 liegen uns nicht vor.

Sehr interessant wird es sein, zu vergleichen, welche Wirkung die Ausdehnung des Wahlrechts auf einen größeren Kreis von Frauen auf die Zusammensetzung des Stortings haben wird. Die Wahlen von 1909 brachten eine konservative Mehrheit, die jedoch schon 1912 von einer liberalen Mehrheit abgelöst wurde. Die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf die Frauen wird, wie man wohl erwarten darf, dazu beitragen, die Linke im Parlament weiter zu stärken.

Eine Konferenz in der Schweiz.

Unter diesem Titel schreibt das „Zürcher Volksrecht“: Die bürgerliche Presse hat dieser Tage einige sehr phantastische Meinungen über eine internationale Sozialistenkonferenz, die insbesondere auch in ihren Einzelheiten ganz unzutreffend waren, weitergegeben, worauf auch das Dementi von sozialistischer Seite nicht ausblieben ist.

Inzwischen bestätigen zwei ausländische Parteiorane die Tatsache, daß in der letzten Woche irgendwo in der Schweiz eine internationale sozialistische Konferenz stattgefunden hat. Der „Labour Leader“ teilt mit, daß leider die drei englischen Delegierten, die zu dieser Konferenz abgeordnet waren, von der englischen Regierung an der Abreise verhindert worden sind.

Wir enthalten uns irgendwelcher Angaben über die Konferenz und warten die diesbezügliche offizielle Mitteilung ab, die jedenfalls in Wäde erscheinen wird. Für heute beschränken wir uns darauf, das teilweise wiederzugeben, was der „Avanti“ im Zeitartikel seiner gestrigen Nummer darüber enthält.

Wir wollen also die Reugier unserer Gegner befriedigen, soweit das die Notwendigkeiten unserer Aktion und Erfordernisse unserer Taktik in diesem Falle gestatten.

So erklären wir denn, daß wirklich vor einigen Tagen eine höchst wichtige Zusammenkunft internationaler Sozialisten an einem Ort in der Schweiz — aber nicht in Bern — stattgefunden hat. Dem fügen wir weiter bei, daß die Vereinigung — an welcher in vollster Harmonie an die vierzig Sozialisten als Vertreter politischer und wirtschaftlicher Organisationen von über einem Duzend Nationen, Frankreich und Deutschland inbegriffen, teilgenommen haben — während vier Tagen gegenseitiger Beziehungen und Besprechungen, inspiriert vom Grundfach gegenseitigen Vertrauens, mit Einstimmigkeit beschlossen haben, gleichzeitig ein Manifest an alle Proletarier Europas zu erlassen. Das Manifest, das gleichzeitig in deutscher und französischer Sprache abgefaßt wurde, trägt die Unterschrift von je zwei Vertretern jeder Nation und ist das historische Dokument für die Wiedererweckung der proletarischen Internationale.

Der „Avanti“ bemerkt dazu weiter, daß es nur dem Krieg und den reaktionären Regierungen der verschiedenen kriegführenden Länder zuzuschreiben sei, wenn die Konferenz insgeheim abgehalten worden sei und ihr Ergebnis nicht sofort, habe bekannt gegeben werden können. Die ungeduldigen bürgerlichen Journalisten, die der proletarischen Internationale bereits den Grabesangestimmt hatten, würden vielleicht zur Einsicht kommen, daß das doch zu voreilig geschehen sei. Die bürgerliche Presse habe auch bereits berichtet, daß die phantastische Berner Konferenz dem Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel ein anderes internationales sozialistisches Bureau entgegengestellt habe. Das sei ganz und gar unrichtig, obgleich man verstehen könne, daß es unsere Gegner sehr gerne fähen, daß die Sozialisten Zeit und Kraft in einem Bruderkampf verschwenden. Alle seien darin einig gewesen, der Internationale ihre frühere Organisation und ihr internationales Bureau zu erhalten, wie auch alle vorbehaltslos die Notwendigkeit anerkannten, die Tätigkeit der sozialistischen Bewegung in allen Ländern zu beleben und zu veranlassen, daß auch das Internationale Bureau seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

Aus der Partei.

Zur Aufklärung.

Der Landesvorstand für Württemberg erläßt in der „Schwabischen Tagwacht“ nachfolgende Erklärung: Wir sind genötigt, wiederholt feststellen zu müssen, daß die „Sozialistische Vereinigung“ in Stuttgart und in anderen Orten fälschlich unter dem Namen „Sozialdemokratischer Verein“ Mitgliederversammlungen und Zusammenkünfte einberuft sowie immer noch Beiträge einziehen läßt. Die Gruppe „Sozialistische Vereinigung“ ist aus der Sozialdemokratischen Partei Württembergs ausgeschieden, gehört somit der Partei nicht mehr an und hat kein Recht, namens der Sozialdemokratischen Partei irgendwelche organisatorische Tätigkeit zu entwickeln.

Die von der „Sozialistischen Vereinigung“ ausgegebenen Leittungsmaximen tragen fälschlich den Ausdruck „Sozialdemokratische Partei Württembergs“. Diese Fälschung hat den Zweck, bei unseren Parteimitgliedern oder deren Frauen Gelder einzuziehen, die dann nicht für die Zwecke der Sozialdemokratischen Partei verwendet werden, sondern eine nutzlose Vergewandlung finden in der zwecklosen Demonstrationstucht der Sozialistischen Vereinigung.

Die für die württembergische Landesorganisation und damit für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gültigen Leittungsmaximen haben für männliche Mitglieder blaue, für weibliche Mitglieder braune Farbe. Zum offensichtlichen Zweck der Täuschung wurden die Maximen der Sozialistischen Vereinigung unseren früheren roten Leittungsmaximen genau nachgeahmt; in letzter Zeit sollen diese etwas geändert, die frühere Inschrift und die rote Farbe jedoch beibehalten worden sein.

Wir ersuchen alle Parteimitglieder, zu beachten, daß diese Gruppe jeden Zusammenhang mit der Sozialdemokratischen Partei gelöst und somit kein Recht und keine Legitimation hat, im Namen der örtlichen sozialdemokratischen Vereine oder im Namen der sozialdemokratischen Landesorganisation sich zu betätigen.

Wir bringen diese Feststellung wiederholt zur Kenntnis aller Parteimitglieder, weil die Sozialistische Vereinigung nicht den Mut hat, offen als Gegenorganisation der Sozialdemokratischen Partei Württembergs aufzutreten.

Stuttgart, den 14. September 1915.

Der Landesvorstand
der Sozialdemokratischen Partei Württembergs.

Vorgänge in der schwedischen Partei.

Unter der Überschrift „Ausschluß deutschfreundlicher Sozialdemokraten aus der schwedischen Sozialdemokratie“ berichtet die „Völkische Internationale Korrespondenz“ von einem Ausschlußbeschlusse, den die Stockholmer Parteioberorganisation beim Parteivorstand gegen die Genossen Professor Steffen, Dr. Ingve Larsson und Otto Järte beantragt habe.

Der Beschluß erklärt, daß die Arbeiterkommune Stockholms diese Genossen nicht mehr als Parteimitglieder anerkennen kann, weshalb der Ausschluß aus der Gesamtpartei gefordert wird. Als Grund wird angegeben, daß sie sich durch Mitarbeit an einem anonym erschienenen Buche über die schwedische Auslandspolitik in der Beleuchtung des Weltkrieges für den Anschluß Schwedens an die Zentralmächte ausgesprochen haben. Das sei gleichbedeutend mit Kriegshetze. Ein Beweis für die fragliche Mitarbeit wurde nicht erbracht. Wie verlautet, ist auch Beantwärtung für den Ausschluß.

Zunächst sei festgestellt, daß die Darstellung der A. S. gelinde ausgedrückt, irreführend ist. Vor allem rückt die Heberchrift die Angelegenheit in ein ganz falsches Licht. Es ist nicht die „Deutschfreundlichkeit“ der drei erwähnten Genossen, die sie mit der Arbeiterkommune Stockholms in Konflikt gebracht hat, sondern ihre direkte und indirekte Unterstützung der auf ein Eingreifen Schwedens in den Krieg gerichteten „aktivistischen“ Propaganda. Das vor kurzem erschienene Sammelwerk „Schwedens Auslandspolitik in der Beleuchtung des Weltkrieges“ enthält das Programm jener Clique, die darauf aus ist, das schwedische Volk und die schwedische Regierung zu einem Präventivkrieg gegen Rußland zu veranlassen. Es steht im schroffen Widerspruch zu der bisher von der schwedischen Sozialdemokratie eingenommenen Haltung, ja mehr als das, es bekämpft sogar ausdrücklich die Stellungnahme der schwedischen Liberalen und übt außerdem ganz allgemein abfällige Kritik an der Demokratie auf dem Gebiete der inneren Politik sowohl wie auf dem der auswärtigen.

Als ob nach Erscheinen dieses Werkes wurde von der Stockholmer Parteioberorganisation an verschiedene Mitglieder, von denen man wußte oder zu wissen glaubte, daß sie an der Abfassung der Schrift beteiligt seien, entsprechende Anträge gerichtet. Otto Järte, Ingve Larsson und Professor Gustaf H. Steffen lehten in ziemlich scharfer Form eine Auskunft über ihre Mitarbeiterschaft ab, erklärten aber mehr oder weniger deutlich, daß sie auf dem Boden der in dem Buche vertretenen Anschauungen ständen. Steffen insbesondere äußerte sich dahin, daß er, ohne sich mit jedem Wort in Schwedens Auslandspolitik zu identifizieren, der Meinung sei, daß sein hauptsächlichster Inhalt nicht wider die Grundprinzipien der Internationale und der schwedischen Sozialdemokratie verstoße.

Von einer Reihe von Ortsorganisationen (Göteborg, Malmö, Stockholm usw.) ist dann der Parteivorstand zu einem Einschreiten gegen den Aktivismus innerhalb der Partei aufgefordert worden, und am vergangenen Sonnabend hat dieser unter besonderem Hinweis auf das mehrfach erwähnte Buch einen Beschluß gefaßt, der im wesentlichen folgendes besagt:

1. Die durch das Buch betriebene aktivistische Agitation steht im schärfsten Gegensatz zu der klaren und ehrlichen Neutralitätspolitik, die die schwedische Sozialdemokratie getrieben wissen will.
 2. Diese Propaganda ist nicht zu vereinbaren mit den Grundsätzen der sozialistischen Internationale, die den Angriffskrieg auch dann, wenn er sich als Präventivkrieg maskiert, verurteilt.
 3. Der Parteivorstand hält das Mitwirken bei dieser kriegerischen Propaganda für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der schwedischen sozialdemokratischen Partei.
 4. Der Parteivorstand ist bereit, die Konsequenzen zu übernehmen gegenüber einzelnen Mitgliedern der Partei, die an dieser Propaganda mitwirken.
- Punkt 1 bis 3 wurden einstimmig angenommen, Punkt 4 mit 18 gegen 5 Stimmen. Die Minorität hielt die Bemerkungen über die Konsequenzen für überflüssig; die Majorität war der Auffassung, daß die aktuellen Ausschließungsfragen noch nicht geklärt seien, daß aber um so mehr mit aller Deutlichkeit die unvermeidlichen Konsequenzen der aktivistischen Propaganda von seiten einzelner Parteimitglieder unterstrichen werden müßten.

Die Angelegenheit der drei angeklagten Genossen wird weiter untersucht. Es steht aber über jeden Zweifel fest, daß von niemandem daran gedacht worden ist oder gedacht wird, sie wegen ihrer deutschfreundlichen Gesinnung zur Rechenschaft zu ziehen, sondern daß einzig und allein ihre Teilnahme an einer immer unverbüllter auftretenden Kriegpropaganda den Grund zu einem Einschreiten gegen sie bildet.

Totenliste der Partei.

Der Krieg hat nach so vielen anderen Opfern nun auch den Vertrauensmann der Weblauer Sozialdemokraten, Genossen Carl Scheite, hinweggerafft. Scheite war einer von jenen schlichten Pionieren unserer Sache, wie sie heute nur noch in den agrarischen Kreisen Ostdeutschlands zu finden sind. Fast ganz allein stehend mit seiner Gesinnung, ohne Verklamungsaum oder sonstige Propagandamittel, begann er die Arbeit für die als richtig erkannte Lehre, indem er sein eigenes kleines Grundstück in Ganjeh bei Wehlar als Versammlungsort hingab, selbst den Wahlverein gründete, sein Vorstandsamt wurde und auch in Schnee und Eis des Winters die Versammlungen dort abhielt. Ohne Aussicht auf Anerkennung oder größere Erfolge diente er still seinem Ideal, nur von innerer Genugtuung am Werke getragen, bis ihn jetzt der Krieg hinwegriss. Doch in dem stillen Aderbäcker werden noch nach Jahren die Proletarier in Ehren des schlichten Vorkämpfers an ihrem Orte gedenken.

Soziales.

Tornister mit Pappeinlage.

Zum zweiten Male beschäftigte sich am Donnerstag die Kammer 2 des Oberverwaltungsgerichts mit einer Klage des Sattlers

Zacharias gegen die Lederwarenfabrik von Fischer und Richter (Inhaber Mohr).

Wie wir am 27. August berichteten, hat der Kläger im vorigen Termin behauptet, die beklagte Firma habe ihm zur Weiterverarbeitung Tornister übergeben, die aus vorchristlichem Material hergestellt gewesen seien. Statt Transparenzleder sei Guttapercha verwendet worden und die Böden hätten eine Einlage von Pappeinlage. Die Verwendung eines solchen Materials — sagte der Kläger — sei ein Betrug der Heredesverwaltung gegenüber. Da er sich nicht des Betruges mitschuldig machen wolle, habe er die Fertigstellung dieser Tornister abgelehnt, er verlange aber Bezahlung der übertragenen Arbeit.

Ueber die Behauptung des Klägers, zu den fraglichen Tornistern sei in betrügerischer Absicht vorchristliches Material verwendet worden, wurde im gegenwärtigen Termin der Lederwarenfabrikant und Gewerbegerichtsbeisitzer Kirck vernommen. Der Kläger lehnste den Sachverständigen ab mit der Begründung: Herr Kirck habe, als er zur Besichtigung der Tornister beim Kläger war, zu diesem gesagt, er würde sich denn um das Material kümmern, er könne doch verarbeiten, was ihm übergeben werde, denn er trage doch nicht die Verantwortung dafür, ob die Tornister vorchristlich angefertigt werden oder nicht. Das Gericht wies das Ablehnungsgesuch zurück, weil die Aeußerung des Sachverständigen keine Bedenken gegen seine Unparteilichkeit erzeuge.

Der Sachverständige Kirck gab hierauf folgendes Gutachten ab: In den fraglichen Tornistern sei statt Transparenzleder anderes Leder verarbeitet. In den Böden sei eine Einlage von Pappeinlage. Das sei wasserdichter, der Pappeinlage ähnlicher Stoff. Ein aus solchem Stoff angefertigter Tornister würde nach den heute geltenden Vorschriften von der Heredesverwaltung nicht abgenommen werden. Früher, als die jetzigen Vorschriften noch nicht bestanden, habe die Heredesverwaltung laufende von Tornistern aus dem hier in Rede stehenden Material unbeanstandet abgenommen. Das sei auch im Februar, wo der Kläger die betreffenden Tornister anfertigen ließte, der Fall gewesen. Eine betrügerische Absicht liege nicht in der Verwendung des angegebenen Materials.

Der Beklagte bemerkte, er habe bis Mitte April 1910 Tornister von demselben Material, welches der Kläger beanstandete, anfertigen lassen. Dieselben seien unbeanstandet abgenommen worden.

Der Kläger, der die Vernehmung eines anderen Sachverständigen beantragte, beanspruchte 97,50 M. Arbeitslohn für die ihm übergebenen Tornister, deren Fertigstellung er ablehnte. Der Beklagte forderte durch Widerlage 320 M. für das vom Kläger zurückbehaltene, jetzt nicht mehr verwertbare Material. — Zu einer Entscheidung kam es noch nicht, weil über den Anspruch des Klägers erst Beweis erhoben werden soll.

Der mit einem Reichsknappschaffsgesetz!

Ein Reichsberggesetz und ein Reichsknappschaffsgesetz, das die bestehenden 111 Knappschaffvereine und -vereine zu einer Zentralknappschaffsliste zusammenfassen, ist eine alte Forderung der Bergarbeiter. Sie ist im Reichstage wiederholt von sozialdemokratischer Seite erhoben und auch von bürgerlicher Seite unterstützt. Auch eine große Reihe Bergbeamter bekümmerten die endliche Erfüllung der von den Bergarbeitern ohne Unterschied ihrer politischen Richtung gestellten Forderung. So unter anderen Oberbergamt Dr. Adolf Arndt in seinem Buche „Bergbau und Bergbaupolitik“.

Dringend zeigt der Krieg die Notwendigkeit einer einheitlichen, ganz Deutschland umfassenden Zentralknappschaffsliste an Stelle der 111 Vereine. Der Krieg würde so manchem Knappschaffsverein sein Ende bereiten, wenn nicht Vorkehrungen getroffen werden, die Vereine vor dem Bankrott zu bewahren. Großes Elend brähe sonst über Invaliden, Witwen und Waisen herein. Im Allgemeinen Knappschaffsverein Bochum sind bis jetzt über 130 000 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen. Beinahe ein Drittel der gesamten Mitgliedschaft befindet sich also im Felde. Bei anderen Vereinen wird es ähnlich aussehen oder auch noch ein höherer Prozentsatz in Frage kommen. Wieviel Invaliden nach dem Kriege ihre Knappschaffsbescheinigungen bekommen müssen, wer weiß es? Kapitalträchtige Vereine wie der Bochumer Allg. Knappschaffsverein, der am Schlusse des Jahres 1914 ein Vermögen von 194 510 871 M. allein in der Pensionskasse hatte, mögen diese finanzielle Zeit überwinden, aber schlimm, sehr schlimm wird es für so manchen kapitalarmen Verein und damit auch für die armen Invaliden und Waisen stehen. Mit allen Mitteln ist deshalb darauf zu drängen, daß ein Reichsknappschaffsgesetz und damit ein allgemeines Knappschaffsverein für alle Bundesstaaten, mit Zweigstellen vielleicht wie bei der Invalidenversicherung, geschaffen wird. Ebenso wie es bei dieser Versicherung verschiedene Beitragsklassen gibt, könnte dies auch bei dem zu errichtenden Zentralverein sein, um so verschiedenartige Beitragszahlung und unterschiedliche Leistung weiter zu gestalten.

Welch ungeheure Belastung der Krieg mit sich bringt, zeigt uns eine Aufstellung des Bochumer Knappschaffsvereins für ein Kriegsjahr. Danach betrug der Ausfall an Beiträgen ungefähr 2 000 000 M., der Mehrausgang an Invaliden, wenn nur 1/2 Proz. der Invalidierungen der Kriegsteilnehmer zugrunde gelegt werden, einen jährlichen Rentenanspruch von 16 000 000 M., der Mehrausgang von Witwen einen jährlichen Rentenanspruch von 8 000 000 M., von Waisen 3 000 000 M., demgemäß würde für ein Kriegsjahr eine Rentenmehrbelastung von 27 000 000 M. und ein Beitragsausfall von 22 000 000 M., zusammen 49 000 000 M. zu veranschlagen sein. Dabei sind vom Bochumer Knappschaffsverein die neuen Vorschriften des Knappschaffskriegsgesetzes vom März 1915 noch nicht in Rechnung gestellt. Auch werden sich die nachteiligen Folgen des Krieges auf den Gesundheitszustand der Kriegsteilnehmer erst später herausstellen. Es kommen also ungeheure Summen bei den Knappschaffsvereinen in Betracht, die allein infolge des Krieges mehr ausgegeben werden müssen.

Schon hat das Handelsministerium sich an die Oberbergämter mit einem Erlaß gewandt, um zur Verschmelzung einzelner Knappschaffsvereine, und zwar jener, die keine 10 000 Mitglieder zählen, Stellung zu nehmen. Doch auch bei anderen Vereinen färt man es schon in allen Zügen krassen, deshalb ist es an der Zeit, ganze Arbeit zu schaffen und das wäre: ein Reichsknappschaffsgesetz und eine Zentralknappschaffsliste für ganz Deutschland!

Eine Maßnahme für Arbeitslose.

In State Idaho brachte der sozialistische Senator Carl Wagoner ein Notstandsgesetz ein, das von der Legislatur angenommen und auch vom Gouverneur unterzeichnet wurde. Das Gesetz verpflichtet County und Staat, jedem Bürger, der sechs Monate im State und 90 Tage im County wohnt, im Falle der Arbeitslosigkeit für die Dauer von 90 Tagen in einem Jahre Beschäftigung zu geben. Da Idaho die Gleichberechtigung der Geschlechter anerkannt und durchgeführt hat — die Frauen haben das Wahlrecht —, so trifft dieses Gesetz auch auf die Frauen zu.

Das Gesetz steht bereit nur Straßenbau als Beschäftigung vor. Aber den Countybehörden steht es frei, die Arbeitslosen auch mit allen anderen Arbeiten zu beschäftigen. Der Arbeitslose stellt bei der Countybehörde den Antrag auf Beschäftigung. Er beschwört, daß er Bürger sei, keine Beschäftigung finden könne, keinen veräußerlichen Besitz im Werte von mehr als 1000 Dollar habe und die ihm zugewiesene Arbeit nach bestem Wissen und Können ausführen wolle.

Nachdem für die Richtigkeit dieser Angaben ein Grundeigentümer gebürgt hat, muß ihm Arbeit gegeben werden. Wenn er die ihm zugewiesene Beschäftigung ablehnt, wird der Arbeitslose eine Woche lang zurückgestellt; nimmt er dann die Arbeit wieder nicht an, so geht er auf ein Jahr seines Anspruches verlustig.

Die Bezahlung für die geleistete Arbeit geschieht jeden Sonnabendmittag. Die Kosten tragen Staat und County (gemeinde) gemeinschaftlich, indem das County einfach die verausgabten Beträge einfach zur Hälfte von den an den Staat zu leistenden Steuern abzieht.

Das Gesetz wurde ohne besonderen Widerspruch fast einstimmig angenommen.

Berichtszeitung.

Feldbestellung am Sonntag.

Der Auffassung, daß die Gutsbesitzer während des Krieges sich um die polizeilichen Arbeitsverbote für den Sonntag nicht zu kümmern haben, trat am Dienstag das Kammergericht entgegen.

Die Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage verbietet — ebenso wie gleichartige Verordnungen für die anderen preussischen Provinzen — für die Sonn- und Feiertage, mit gewissen Ausnahmen alle öffentlich-bemerkbaren Arbeiten. Zu den verbotensten Arbeiten gehören auch die gewöhnlichen Feldbestellungen und unter den Feiertagen, die geschäftig sind, wird auch der Karfreitag genannt. Der Gutsbesitzer Wönning in Kleinwittenberg hatte nun am Karfreitag auf dem von ihm bewirtschafteten Gut Düng fahren lassen. Darin wurde nun die Hebertretung der Verordnung gefunden. Er bestritt, sich strafbar gemacht zu haben. Er berief sich darauf, daß in der Kriegszeit die besonderen Verhältnisse die feiertägliche Feldbestellung als zulässig erscheinen ließen. Es handelte sich hier um Feldarbeiten, die zur Sicherung der künftigen Ernte notwendig wären. Mindestens müßten die Ausnahmevorschriften der Verordnung Anwendung finden, wonach aus feiertäglichen Arbeiten vorgenommen werden dürften, die in Notfällen und im öffentlichen Interesse unbedingt vorgenommen werden müßten. Von seinen vier Arbeitspferden seien zwei von der Militärbehörde requiriert worden. Auch habe ihm der militärisch eingezogene Bruder geholfen. Zu seinen Gunsten spreche auch eine Zeitungsnotiz, wonach in Kriegzeiten auch an den Feiertagen alle landwirtschaftlichen Arbeiten im Interesse der Volksernährung gemacht werden könnten.

Die Strafkammer in Schneidemühl beurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte aus: Die Auffassung des Angeklagten und die von ihm in der Zeitung gelebte Auffassung seien irrig. Er hätte die Vorschriften der Verordnung beachten müssen. Die fraglichen Arbeiten könnten ferner nicht als ausnahmeweise durch die Verordnung gestattet angesehen werden. Es seien keine Arbeiten, die in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unbedingt vorgenommen werden müßten. Ein solcher Notfall, wie ihn die Verordnung meine, könne hier nicht anerkannt werden. Er habe die Arbeiten auch nicht im öffentlichen Interesse vornehmen lassen, sondern in seinem eigenen Interesse. Durch die Zeitungsnotiz hätte er sich nicht betören lassen dürfen.

Das Kammergericht verwurft die vom Angeklagten eingelegte Revision als unbegründet.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Schiffbaugesellschaft Blohm und Bock in Hamburg erzielte im Geschäftsjahr 1914/15 einen Betriebsüberschuss von 5 288 133 M. gegen 3 295 393 M. Der Ueberschuss stieg um annähernd 2 000 000 M. Nach Abschreibungen und Umlageergänzungen in Höhe von 2 431 109 M. verbleibt ein Reingewinn von 1 369 380 M. gegen 703 232 M. Nach Ueberweisung von 800 000 M. (L. R. 100 000 M.) an den Reservefonds werden 5 1/2 Prozent auf die Vorzugsaktien und 6 Prozent Dividende an die Stammaktien verteilt. Im Vorjahre betrug die Dividende 4 Prozent.

Die Bergbau- und Hütten-K. G. Friedrichshütte in Dortmund erzielte im Geschäftsjahr 1914/15 einen Reingewinn von 1 652 101 M. gegen 1 529 469 M. im Vorjahre. Die Dividende in Höhe von 8 Proz. im Vorjahre 5 Proz., erfordert 320 000 M., nimmt also nur den 5. Teil des Gewinnes in Anspruch.

Die Schuhfabrik Ed. Lingel Kt. Ges. in Erfurt erzielte nach Abschreibungen von 230 385 M. einen Reingewinn von 718 125 M., aus dem 10 Proz. Dividende verteilt werden.

Die F. W. Busch Kt. Ges. in Lützenheid beantragte für 1914/15 die Erhöhung der Dividende von 7 auf 12 Proz.

Jugendbewegung.

Eine neue Jugendorganisation in Stuttgart.

Eine neue Jugendorganisation ist vom Stuttgarter Gewerkschaftsartell ins Leben gerufen worden. Vor einigen Wochen hatte das Artell beschlossen, die bisherige Verbindung mit der freien Jugendorganisation, die besonders in materieller Unterstützung ihren Ausdruck fand, nur dann aufrecht zu erhalten, wenn die Leiter der Jugendorganisation, soweit sie politisch organisiert sind, der anerkannten Parteioberorganisation angehören. Die über diese Fragen zwischen beiden Körperschaften geführten Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Jugendleiter den Beitritt zu dem der Landesorganisation und der Gesamtpartei angehörenden Sozialdemokratischen Ortsverein und ebenso jede Anerkennung der Beschlüsse des Artells ablehnten. Das Artell beschloß daraufhin, in Ueber-einstimmung mit einem Beschluß der Zentralstelle für die arbeitende Jugend die Unterstützung der Stuttgarter freien Jugendorganisation einzustellen. Der vom Sozialdemokratischen Verein und vom Gewerkschaftsartell gemeinsam eingeführte Jugendauschuss hat nunmehr unter dem Namen „Arbeiterjugend“ eine neue Jugendorganisation gegründet.

Eingegangene Druckschriften.

Heft 25 der „Neuen Zeit“ vom 17. September 1915 hat folgenden Inhalt: Jakob Wittmer: Die größere Gefahr — Was Braum: Das Buch der Zwangsjacke. — Dr. Wehring: Kriegsgeschichtliche Probleme (Schluß). — Heinrich Canow: Vom Wirtschaftsmarkt. — Literarische Rundschau: Wilsons Behold, Wolf, mein Wolf... Geschichte der Kriegszeit — Gustaf Kossinna, (Die deutsche Vorgehensweise, eine hervorragende nationale Wissenschaft).

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist uns toeben die Nr. 26 des 10. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Einladung zum Abonnement. — Zwei Grundfragen der sozialen Forderungen für Arbeiterinnen und Arbeiterinnen. VI. — Das weibliche Dienstrecht. — Arbeiterinnen und Arbeiterinnen. — Aus der Bewegung: Genossinnen macht es nach? — Notizen: Bürgerfrieden. — Für den Frieden. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,50 Mark.

Vom „Wahren Jacob“ ist toeben die 19. Nummer des 32. Jahrganges erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Groschennummern sind jederzeit durch den Verlag R. D. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Aus Groß-Berlin.

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten Berlins beschäftigten sich in ihrer gestrigen Sitzung mit einer Magistratsvorlage, die Kenntnis gab von Änderungen und Neuerungen in der Lebensmittelfürsorge dieser Kriegszeit, von der Umleitung der Kriegsgetreidegesellschaft in die Reichsgetreidestelle und von den durch die Gemeinde zu schaffenden Einrichtungen zur Ueberwachung der Lebensmittelpreise. Dabei kam es zu einer sehr beachtenswerten Aussprache über den Lebensmittelpreis, den besonders der sozialdemokratische Redner Genosse Wurm scharf geißelte. An anderer Stelle des Blattes wird darüber berichtet.

Ueber die vom Magistrat aufgestellten Grundsätze für die Tätigkeit der neuen „Deputation für das städtische Gesundheitswesen“ und des „Medizinalamts der Stadt Berlin“ war Beschluss zu fassen. Zu den Aufgaben der Deputation gehört Ueberwachung und Förderung aller städtischen und mit städtischen Mitteln unterstützten gesundheitlichen Veranstaltungen und Einrichtungen. Der Stadtmedizinalrat ist Mitglied der Deputation und Leiter des Medizinalamts; er ist befugt, mit beratender Stimme an den Sitzungen anderer Deputationsstellen teilzunehmen, wenn sie Angelegenheiten betreffen, die den Geschäftskreis der Deputation für das Gesundheitswesen betreffen. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte sich mit der Magistratsvorlage einverstanden, nachdem in einer kurzen Erörterung der Stadtmedizinalrat Weber und die Stadtverordneten Cassel, Wolf und Landau die Hoffnung geäußert hatten, dass eine Zusammenfassung des Gesundheitswesens bringenden Organisation ausgesprochen hatten.

Das Personal der früheren V. E. W. (gegen 2000 Personen) soll möglichst vollzählig zum 1. Oktober d. J. in den städtischen Dienst übernommen werden. Den übertretenden Arbeitern und Angestellten, die bisher Mitglieder der Ruhegehaltskasse waren, soll die Mitgliedschaft bis zu zehn Jahren auf die städtische Dienstzeit angerechnet werden, wenn die Kasse eine entsprechende Deduktionssumme an die Stadt zahlt. Das Gleiche soll gelten für solche, die infolge Eintritts ins Heer oder Marine aus der Kasse ausgeschieden sind. Auch die (etwa 180) Angestellten, die formell als Angestellte der V. E. W. gelten, sollen mit dem ihnen für die Ruhegehaltszahlung zustehenden Dienstalter überwiegen werden, wofür die V. E. W. 100 767 M. an die Stadt zu zahlen hat. Die zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter und Angestellten der V. E. W. werden gleichfalls in städtischen Dienst übernommen, und ihren Angehörigen werden vom 1. Oktober 1915 ab die bisher von den V. E. W. gewährten Unterführungen von der Stadt weitergezahlt. Die Stadtverordneten genehmigten diese Bestimmungen.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis will seinen Angestellten mit Gehältern bis 2000 M. eine Kriegsteuerzulage von 10 M. pro Monat ab 1. April 1915 gewähren. Dem Magistratsantrag, die für das Etatsjahr 1915 hierzu erforderlichen 8780 M. dem Verein als Beihilfe zu geben, wurde zugestimmt.

Die Zusatzbrotkarte.

Die von der Reichsverteilstelle neuerlich festgesetzte Kopportion ermöglicht es den Gemeinden, sich bei der Zuteilung von Zusatzbrotkarten freier zu bewegen. Ein Ausschuss der Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft angehörenden Kommunalverbände beschäftigt sich daraufhin schon seit einiger Zeit mit der Prüfung der Frage, in welcher Weise die Zusatzbrotkarte einem weiteren Kreise der Bevölkerung zugänglich gemacht werden könnten. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß die Bevölkerungsgruppen, bei denen der Bedarf nach einer höheren Proportion vorherrscht, umgrenzt werden müssen, während doch auf der anderen Seite das Spargel nicht aus dem Auge gelassen werden darf. Die vorbereitenden Arbeiten werden bald zu Ende geführt sein, und es ist zu erwarten, daß alsdann dem Brotbedarf der Bevölkerung in höherem Maße als bisher durch Zusatzbrotkarten genügt werden kann.

Wenn die Abgabe von Zusatzbrotkarten wirklich Wert haben soll, so darf sie nicht an die heute geltenden Bestimmungen gebunden werden, die mit Zeit und Unkosten verknüpft sind. Diese Bedingungen sind es auch, daß die Zusatzbrotkarte nicht so in Anspruch genommen wird, wie es dem Bedürfnis entspricht.

Teuerung und Waisenspflege.

Die Teuerung macht sich auch in der Berliner Waisenspflege stark bemerkbar. Die Pflegeeltern der in Familienpflege befindlichen Kinder der Berliner Waiserverwaltung sind je länger je mehr nicht in der Lage, den ihnen anvertrauten Kindern die Pflege und die Ernährung zuteil werden zu lassen, die für erforderlich erachtet wird. Eine Anzahl Pflegeeltern haben Pflegekinder zurückgebracht mit der Begründung, in der heutigen teuren Zeit die Kinder nicht ernähren zu können, da sie sich selber sehr einschränken müssen. Neue Pflegeeltern sind immer schwerer zu erhalten. Soweit Säuglinge in Frage kommen, sei Milch, Grieß und Seife sehr verteuert. Während früher für das Liter Milch 20 Pfennig gezahlt worden sei, koste er jetzt 28 bis 30 Pfennig. Grieß sei um mehr als das Doppelte gestiegen und Seife sei nur schwer zu haben. Besonders aber trete die Teuerung bei den älteren, schulpflichtigen Kindern in der Erscheinung. Die im Wachstum befindlichen Kinder eisen oft mehr wie Erwachsene und sind kaum satt zu machen. Eine Erhöhung der Pflegegeldsätze für die Kriegszeit sei, so wurde in der letzten Sitzung der Waisendeputation betont, nicht mehr zu umgehen, wenn man die an die Ernährung der Pflegekinder gestellten Anforderungen nicht herabsetzen wolle. Das könne man aber nicht. Die Waisendeputation beschloß daher, die Sätze für Säuglinge — auch für gewesene Säuglinge — um 3 M. monatlich aufzubessern, für die Kinder bis zum sechsten Jahre soll 1,50 M. mehr gezahlt werden, während für die älteren schulpflichtigen Kinder die Sätze um 4,50 M. erhöht werden sollen. Zunächst soll die Zulage auf sechs Monate beschloffen werden. Für das Jahr berechnet, würden die Kosten der Teuerungszulage sich auf 822 000 M. belaufen; für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. April würde die Summe 161 000 M. betragen.

Gasabgabe ohne Gasuhren.

Die Petroleumknappheit hat viele Haushaltungen veranlaßt, zu anderen Beleuchtungsmitteln ihre Zuflucht zu nehmen, insbesondere auch zum Gaslicht. So wurden von der Stadt Düsselndorf in der Zeit vom 1. August 1914 bis 1. August 1915 insgesamt 11 789 Gasuhren und Automaten neu aufgestellt, während diese Zahl in früheren Jahren nur wenig über 4000 betrug. Die Zahl der Gasabnehmer stieg von 42 710 auf 50 580. Am 1. September d. J. lagen noch 8848 unerledigte Aufträge auf Einrichtung von Gaslicht vor. Da es nicht möglich ist, für alle diese Aufträge Gasmesser zu beschaffen, will die Stadt Düsseldorf dazu übergehen, ab 1. Oktober vorübergehend Gas ohne

Messer zu liefern gegen Vorabbezahlung einer Monatspauschale. Diese Gasabgabe erfolgt höchstens für fünf Leuchtflammen von je einem Gasverbrauch von nicht über 180 Liter in der Stunde nebst einem einfachen oder Doppellochlocher. An Abgaben werden monatlich berechnet: 1. für die erste Leuchtflamme 2 M. und für jede folgende 1,50 M. Ist die zweite oder folgende Leuchtflamme eine Flurlampe, die nachgewiesenermaßen einen Gasverbrauch von nicht über 70 Liter in der Stunde hat und abends spätestens 10 Uhr gelöscht wird, so ermäßigt sich die Abgabe auf 1 M. für diese Leuchtflamme. 2. für einen Einlochlocher 1,80 M. 3. für einen Doppellochlocher 2,20 M. Bei der Anmeldung ist außerdem eine Anschlaggebühr von 3,50 M. zu entrichten, wofür später ein Gasmesser unentgeltlich gesetzt wird.

Ein vergessenes Jubiläum.

In der alle Kreise aufregenden Kriegszeit werden Ereignisse leicht vergessen, die immerhin ein gewisses allgemeines Interesse beanspruchen können. Es sind jetzt 25 Jahre her, daß sich im Restaurant Neues in der Fichtestr. 20 eine Anzahl Arbeitergesangsvereine zusammenschlossen zur Gründung des Arbeiter-Sängerbundes Berlins und Umgegend. Zu Sonntag, den 14. September 1890 waren 100 Gesangsvereine geladen. 78 Vereine hatten Vertreter geschickt. Die Gründung des Bundes wurde vollzogen und es zeichneten sich sofort 45 Vereine ein.

Der Bund hatte sich die Pflege der Freiheitslieder zur Aufgabe gestellt und in den 25 Jahren seines Bestehens hat er diese Aufgabe nach Möglichkeit zu erfüllen gesucht. Schwierigkeiten sind auch dem Bunde nicht erspart geblieben. Es war nicht leicht, die vielen kleinen leistungsunfähigen Vereine zu größeren leistungsfähigen Chören zusammenzuschließen, aber Ausdauer führte auch hier zum Ziel. Wir hatten die Freude, in den letzten Jahren Gesangsarbeiten hören zu können, die auf gute Schulung und großen Fleiß schließen ließen. Der Krieg hat auch auf dem Gebiete des Arbeitergesanges große Läden gerissen und im letzten Jahre haben die Berliner Arbeitergesänger sich häufig darauf beschränkt, den vielen Leidenden in Lazaretten und anderen Heilanstalten durch Vortrag schöner Lieder neuen Lebensmut zu spenden.

Neuzeit Freude am Gesang werden Sänger und Sangesfreunde erst nach dem Kriege wieder empfinden, wo das Niederdrückende des Krieges gewichen sein wird.

Städtische Urlaubsgelder an Kriegsurlaubter.

Der Beschluß des Magistrats von Wilmersdorf, an jeden Kriegsurlaubter vom Feldweibel abwärts, dessen Urlaub 5 bis 14 Tage beträgt und dessen Familie die gesetzlich festgelegte Staats- und Gemeinde-Kriegsunterstützung bezieht, aus städtischen Mitteln für jeden Urlaubstag eine Mark als außerordentliches Versorgungsgeld auszahlen zu lassen, ist sehr erfreulich und verdient der Nachahmung. Es ist Tatsache, daß heute der Urlaub bei einem Besuch eine große Belastung der Familie ausmacht, wenn er von der langen Kriegsunterstützung in seinen Urlaubstagen mitleiden soll. In Berlin ist in einigen Fällen von einsichtsvollen Bezirksvorstehern hin und wieder eine Extraintersubvention aus Sammelmitteln befristet worden, aber im allgemeinen wird in solchen Fällen nichts gegeben. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn das Wilmersdorfer Beispiel Nachahmer fände.

Erfurter Blumenkohl.

Gegen die von Weigel (Erfurt) in der Zeitschrift des Deutschen Pomologen-Vereins veröffentlichten Angaben über die Ein- und Verkaufspreise von Erfurter Blumenkohl in Berliner Verkaufsstellen wenden sich eine Anzahl hiesiger Großhändler in folgender Zuschrift:

Der Blumenkohl wird von den Erfurter Bäckern an die hiesigen Großhändler der Zentralmarkthalle überhaupt nur zum bestmöglichen Verkauf gesandt und haben dieselben (die Erfurter) in der fraglichen Woche folgende Preise Netto erhalten:

am 23. August 32—34 Pf. pro Kopf für erste Qualität
25. „ 32
27. „ 28—30
28. „ 28—30

Es ist also ausgeschlossen, daß irgend ein hiesiger Großhändler Blumenkohl mit 10 Pf. pro Kopf kaufen und daher einen Nutzen von 12 1/2 Pf. pro Kopf erzielen konnte, was allerdings ein wucherischer Nutzen gewesen wäre.

Die Großhändler müssen im allgemeinen einen Aufschlag von zirka 6 Pf. pro Kopf nehmen, wovon die Fracht, das Rollgeld und die Speise für Rückführung der leeren Körbe in Abzug kommen, so daß denselben ein Brutto-Nutzen von 2—3 Pf. verbleibt, welcher unter Berücksichtigung der teuren Mieten für die Stände, des hohen Arbeitslohns für die erforderlichen Nacharbeiten, sowie der vielfachen Verluste als durchaus angemessen bezeichnet werden muß und von niemand als zu hoch bezeichnet werden kann.

Herr Weigel (Erfurt) hatte in der obengenannten Zeitschrift behauptet, daß die hiesigen Händler für den Kopf Blumenkohl 10 Pf. zahlten, der in Berlin von Großhändlern für 20—25 Pf., im Kleinhandel mit 50—60 Pf. verkauft würde. Jedenfalls wird sich der Verfasser der Notiz noch äußern.

Einschränkung des Zahneverbotes für Verwundete und Kranke.

Der Minister des Innern hat in Gemeinschaft mit dem Handelsminister eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt: „Die Vorschriften der Riffer 1 bis 3 des Ablasses I zur Bekanntmachung über die Beschränkung in der Rückverwendung vom 2. September 1915 finden keine Anwendung auf Lazarette, Krankenhäuser, Gefangenenheime und ähnliche Anstalten, soweit es sich um die Herstellung und Verabfolgung von ärztlich verordneter Kost und um Verwundete, Kranke oder Gekerkte handelt. Die Befugnis zur Inanspruchnahme weiterer Ausnahmen wird dem Regierungspräsidenten und für den Landespolizeibezirk Berlin dem Polizeipräsidenten von Berlin übertragen.“

Eine irreführende Photographie.

Man schreibt uns: Seit Monaten wird in Deutschland die Photographie eines französischen Gefangenenlagers verkauft, in dem die Gefangenen augenscheinlich nicht scheiden dürfen. Die Urnaufnahme befindet sich auf einer Postkarte in Berlin. Dargestellt sind darauf etwa 900 deutsche Kriegsgefangene, die sich im Hof einer Kaserne zum Gottesdienst versammelt haben. Das Gesicht der einzelnen ist auf dem Bild naturgemäß ganz klein und undeutlich. Deshalb können auch die in mehrfacher Vergrößerung hergestellten Bilder nur ganz allgemeine Ähnlichkeiten mit den dargestellten wirklichen Personen bringen. Trotzdem glauben zahllose Angehörige vermehrter Kriegsteilnehmer mit Bestimmtheit die Ibrigen erkannt zu haben. Leider handelt es sich dabei um Selbsttäuschung, was schon daraus hervorgeht, daß viel mehr Vermisste erkannt wurden, als dargestellt sind. Für die etwas deutlicheren Figuren wurde eine ganze Reihe von Namen genannt und zwar immer mit der gleichen Bestimmtheit. Die zuständigen Dienststellen haben sofort nachgeforscht, in welchem Lager das Bild aufgenommen wurde und ob irgend welche Möglichkeit besteht, daß noch ungemeldete Vermisste darauf dargestellt sind. Nach dem Ergebnis handelt es sich um das Lager von Jfoudun, wo nach

ausdrücklicher Erklärung der französischen Regierung und der Lagerkommandanten niemals ein Schreibverbot bestanden hat und alle Kriegsgefangenen gemeldet waren. Unter diesen Umständen bleibt leider keine Hoffnung, Vermisste auf der Photographie zu erkennen.

Um so bedauerlicher ist es, daß von mehreren Seiten die stark vergrößerte Photographie mit der Anpreisung in den Handel gebracht wird, sie stelle ein Gefangenenlager dar, aus dem nicht geschrieben werden dürfe.

Leute mit beschränkten Mitteln haben dafür ihre Spargroschen geopfert, es ist sogar vorgekommen, daß arme Frauen zusammenlegten, um sich das Bild zu kaufen. Zudem ist der geforderte Preis von 4 M. unverhältnismäßig hoch.

Hoffentlich tragen diese Jellen dazu bei, daß die geschäftliche Ausbeutung unerfüllbarer Hoffnungen ein Ende nimmt.

Gasexplosion in Neukölln.

Eine heftige Gasexplosion ereignete sich Mittwoch in den Wohn- und Werkstatträumen des Sattlermeisters Gustav Grimmert in der Kaiser-Friedrich-Str. 85 zu Neukölln. Auf dem Grundstück sind kürzlich Umbauten vorgenommen worden. Er nahm nun Mittwoch einen starken Gasgeruch wahr. Er beging nun die Unvorsichtigkeit, die Leitung mit einem offenen Feuerzeug abzuleuchten. Plötzlich explodierte das Gas mit einem gewaltigen Knall. Grimmert trug erhebliche Brandwunden am Kopf und an den Händen davon. In den Wohnräumen stürzte eine Zwischenwand ganz ein, während eine Zwischendecke und eine Mauerwand stark beschädigt wurden. 30 Fensterscheiben gingen in Scherben. Die Untersuchung der Unfallstelle ergab, daß man bei den Umbauten die alte Gasrohre in den Wänden gelassen und nicht verschlossen hatte. Sie müssen nun auf irgend eine Weise mit der neuen Rohrleitung in Verbindung gekommen sein und wieder Gas aufgenommen haben, das durch die nichtgeschlossene Dichtung ausströmen konnte.

Schulferien.

Die Schulferien für Groß-Berlin beginnen am Mittwoch, den 29. September. Der Unterricht beginnt wieder am Donnerstag, den 7. Oktober. In der Provinz Brandenburg ist der Schulanfang erst für Donnerstag, den 14. Oktober, angelegt.

Eine Gasvergiftung zogen sich gestern die Arbeiter Richard Schönecke aus der Prinzeßinnenstraße und Stanislaus Wolzowicz aus der Marienburger Straße in der Baugrube der Hoch- und Untergrundbahn am Cranienburger Tor zu. Beide wurden gegen 7 Uhr abends bestimmungslos aufgefunden und nach der Charité gebracht. Sie sind wieder in das Bewußtsein zurückgefallen, liegen aber noch schwer darnieder und können noch nicht vernommen werden. Wie das Unglück entstanden ist, bedarf noch näherer Untersuchung.

Das Berliner Konzerthaus-Orchester unter Leitung von Franz v. Blon eröffnet die neue Spielzeit am Sonnabend, den 18. d. M., im Berliner Konzerthaus, Mauertstr. 82.

Aus den Gemeinden.

Der Mehlkommissionär von Charlottenburg.

Kürzlich berichteten wir aus der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung, daß die Stadt dem Mehlkommissionär Baumann für die Vermittlung von etwa 60 000 Sack Mehl 27 000 M. Provision gezahlt habe. Diese Angelegenheit hat jetzt die liberale Stadtverordnetenfraktion, der Baumann als Mitglied angehört, veranlaßt, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Fraktion erachtet es im allgemeinen für unerwünscht, daß Stadtverordnete ein privatvertragliches Dienstverhältnis der Stadt gegenüber eingehen. Sie erwartet von ihren Mitgliedern, daß sie vor Eingehung jedes privatvertraglichen Dienstverhältnisses mit der Stadt die Meinung der Fraktion hierüber einholen.“

Gemeindevertretung in Nowawes.

Nach längeren Verhandlungen ist endlich eine Einigung mit der Stadt Potsdam über den Ausbau des Verbindungsweges zwischen der Kaiser-Wilhelm-Straße und der Kolonie Dabemitz zu einer bebauungsfähigen Straße erzielt worden. Die Straße soll politisch der Gemeinde Nowawes gehören, die auch die Anlage und Unterhaltung derselben auf Rechnung des Rentiers Reuber übernimmt. Der Gutsherrliche Homide hat gegen die Gemeinde Klage auf Erlass des Schadens erhoben, der ihm durch Vernichtung seiner Grasernie infolge Ueberflutens seiner Ländereien mit den Abwässern der Firma Drenstein u. Koppel entstanden sein soll. Den Schaden berechnete Kläger mit 300 M. Die Gemeindevertretung entschloß sich zur vergleichswise Zahlung von 100 M. einschließlich der Gerichtskosten. Die Firma Drenstein u. Koppel erklärte sich zu der gleichen Entschädigung an den Kläger bereit. — Für die Lindenstraße, die früher Kreischauffee war und seit der Uebernahme durch die Gemeinde und der Neupflasterung mehrfach Anlaß zu Streitigkeiten mit den Anliegern wegen der Pflasterungsarbeiten gab, soll ein neuer Verteilungsplan aufgestellt werden, in dem den Wänschen der Anlieger entsprechend die Kosten für die Grünanlagen nicht zur Anrechnung kommen sollen. — Die bisherige Unterbringung der für die Waldbeobachtung bestimmten Landsturmmannschaften hat vielfach zu Unzuträglichkeiten geführt. Dem Vorschlag, die Mannschaften in Massenquartieren unterzubringen, glaubte die Gemeindevertretung aus verschiedenen Gründen nicht zustimmen zu können und überwies deshalb die Lösung der Frage der Finanzkommission.

Die Verkaufstage für die Gemeindefäden (Wäckerstr. 2 und Frierstr. 27) sind folgendermaßen abgeändert worden: Montag, Mittwoch und Freitag: Verkauf von Schmalz und Speck; Dienstag, Donnerstag und Sonnabend: Verkauf von Fleisch. Wurst wird an allen Wochentagen abgegeben.

Schmalz- und Speckverkauf in Schöneberg.

Der städtische Verkauf von Schmalz und Speck in Schöneberg wird in der nächsten Woche in den Läden Feuerstr. 4 und Hauptstraße 84 wieder aufgenommen. Der Verkauf findet nur gegen Vorlegung der Speckkarte statt.

In beiden Läden wird wochenweise abwechselnd nur Schmalz oder nur Speck verkauft. Verkaufstage sind in der Feuerstr. 4 Dienstag und Sonnabend, in der Hauptstr. 84 Mittwoch und Freitag. Näheres ergeben die Anschläge in den Läden.

Da die Versorgung der Einwohnerschaft nur in begrenztem Umfang durchführbar ist, so soll der Verkauf nur der weniger bemittelten Bevölkerung zugewendet werden.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 320 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: Infanterie usw.: Garde: 1. und 2. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Gren.-Regimenter Alexander und Elisabeth; Garde-Fuß.-Reg.; Garde-Reg.-Jäger-Bat. Gren., bezw. Inf., bezw. Fuß.-Regimenter Nr. 1, 4 (f. Inf.-Reg.-Reg. Nr. 50), 5, 6, 7, 8, 17, 19, 21, 22, 27, 30, 31, 33, 38, 40 (f. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 40), 41, 43 (f. auch Reg.-Inf.-Reg. Nr. 59), 45, 47, 48, 49, 53, 54, 55, 56, 62, 68, 67, 69, 70, 74, 75, 79, 80, 81, 97, 109 bis einschl. 115, 122, 149, 145, 146, 158, 159, 161, 162, 163, 165, 168, 171 bis einschl. 175, 188,

335, 332, 354, 365. Inf.-Regimenter Nr. 2, 17, 18, 19, 21, 24, 28, 29, 30, 35, 38, 48, 51, 56, 59, 61, 64, 81, 83, 91, 93, 94, 110, 111, 203, 208, 230, 231, 235, 236, 238, 239, 250 bis einschl. 254, 257, 258, 263. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 18, 19, 40, 46, 53, 55, 57, 61, 65, 75, 82, 84, 93, 99. Landw.-Ers.-Inf.-Regiment Nr. 1. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 20. Landst.-Inf.-Bataillone (Straßburg i. E.). Jäger Bataillone Nr. 2, 3 (f. Inf.-Reg. Nr. 335), Thorn. Landst.-Inf.-Bataillone: 16. des 7. Armeekorps (Friedrichs-feld), Nr. 7 des 6. Armeekorps (Kattowich), 1. des 15. Armeekorps (Straßburg i. E.). Jäger Bataillone Nr. 2, 3 (f. Inf.-Reg. Nr. 48) und 5; Inf.-Bat. Nr. 21. Radf.-Komp. der 41. Inf.-Div. und 1. Königsberg (Spieß). Maschinengewehr-Abt. Nr. 5; 1. Ers.-Maschinengewehr-Komp. des 16. Armeekorps; Feld-Maschinengewehr-Jüge Nr. 199 (f. 2. Garde-Inf.-Reg.), 255, 269 (f. Garde-Inf.-Reg.), 303 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 99); Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 2 und Nr. 3 (Thorn).

Kavallerie: Garde-Mitraschier; 1. Garde-Drägoner; Mitraschier Nr. 7; Schwere Inf.-Reiter Nr. 1; Drägoner Nr. 5 und 18; Inf.-Kav. Nr. 5; Ulanen Nr. 8 und 12; Inf.-Ulanen Nr. 1 und 3; Jäger zu Pferde Nr. 2, 3, 5; Reg. Nr. 86.

Feldartillerie: 1. Garde-Reg.; Regiment Nr. 8, 9, 15, 17, 34, 56 (f. Feldart.-Reg. Nr. 17); 83; Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 10, 19, 21, 36, 47.

Infanterie: 2. Garde-Reg.; Regiment Nr. 1, 3, 5, 6, 7, 9, 13, 14, 15; Inf.-Regimenter Nr. 13, 17 und 20; Ers.-Bat. Nr. 24; Batterie Nr. 107.

Pioniere: 1. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 23 und 24; Bataillone: II. Nr. 4, I. Nr. 6, I. Nr. 7, I. Nr. 14, II. Nr. 15, III. Nr. 16, I. Nr. 27; Kompanien Nr. 246 und 247; Inf.-Kompanien Nr. 49 und 85; 3. Landw.-Komp. des 6. und 2. des 18. Armeekorps. Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 36.

Verkehrstruppen: Feldluftschifftruppe. Kraftfahr-Bataillon. Freiwillige Krankenpflege. Artillerie-Bataillone.

Die bayerische Verlustliste Nr. 221 bringt Verluste des 3., 4., 5., 6., 7., 8., 10., 11., 13., 14., 15., 16., 18., 22. und 24. Inf.-Reg.; 1. Maschinengewehr-Abt. Landau; 1. Jäger-Bat. Freising; Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 10, 14, 17, 18, 20, 22, 23; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 6, 10; Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 2, 3, 12; Landst.-Inf.-Bataillone: Augsburg III, München III, Nürnberg III, Speyer, Wasserburg; 1. Schwere Reiter-Reg.; 2. Schwere Reiter-Reg.; 1. Ulanen-Reg.; 2., 4., 5., 8. Chevaulegers-Reg.; 2. und 20. Feldart.-Reg.; Gebirgsartillerie-Batterie Nr. 10. (Schluß folgt).

Die sächsische Verlustliste Nr. 194 enthält Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 103, 106, 133; Inf.-Regimenter Nr. 104, 107; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 101; Ers.-Bat. Nr. 374 und Inf.-Bat. Nr. 133; Landst.-Inf.-Reg. Nr. 19; Landst.-Inf.-Bataillone; Pirna (XII. 5), Bittau (XII. 7), Leipzig (XIX. 2), Chemnitz (XIX. 10); Landst.-Ers.-Bat. Chemnitz (XIX. 13); Jäger-Bat. Nr. 12; Inf.-Jäger-Bat. Nr. 12; Radf.-Komp. Nr. 58; Gardereiter; Karabinier-Reg.; Husaren Nr. 19, 20; Inf.-Kav. Nr. 5; Stappen-Führer-Kolonnen Nr. 5, 19. Armeekorps; Ueberplanmäßige Stappen-Führer-Kolonnen Nr. 3, 19. Armeekorps; Stappen-Batterie-Kolonnen Nr. 3, 12. Armeekorps.

Die württembergische Verlustliste Nr. 264 bringt Verluste des Brig.-Ers.-Bat. Nr. 53; Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 121; Inf.-Reg. Nr. 122; Gen.-Reg. Nr. 123; Inf.-Reg. Nr. 124; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 125; Inf.-Reg. Nr. 127; Landst.-Inf.-Bat. Ehlingen; Feldart.-Reg. Nr. 65; Verluste durch Krankheiten; Verletzungen früherer Verlustlisten.

Aus aller Welt.

Wie man Zeitungsläser einschätzt.

Die „Post“ bringt einen Artikel über „England und seine Kolonien im Kriege“. Darin werden die Mitteilungen einer englischen Zeitschrift über die unzulängliche Unterstützung Englands durch seine Kolonien wiedergegeben. In den reproduzierten Zeilen befinden sich folgende (aus der „Post“ wörtlich wiedergegebene) Stellen:

„Die militärische Hilfe der Kolonien ist ohne besondere Bedeutung gewesen. Kanada hat 103 000 Mann aufgestellt, Australien 70 000 und Neuseeland 24 000 Mann, dies sind also Zahlen, welche in den heutigen Millionenheeren vollständig schwinden.“

„Die militärischen Leistungen der Kolonien sind für England eine bittere Enttäuschung geworden; während Großbritannien 7,2 Prozent seiner waffenfähigen Bevölkerung ins Feld gesandt hat, lieferte Kanada nur 1,3, Australien 1,5 und Neuseeland 2,1 Prozent.“

Die „Post“ muß ihre Leser für erstaunlich schwache Mathematiker halten, daß sie ihnen solche Zahlen aufischt.

England habe, so heißt es, 7,2 Proz. seiner waffenfähigen Bevölkerung ins Feld gesandt. Nach den letzten amtlichen Mitteilungen betrug die Zahl der Ausgehobenen 3 Millionen. Wenn diese 3 Millionen 7,2 Proz. der waffenfähigen Bevölkerung Englands darstellen sollen, so besäße England mehr als 40 Millionen „Waffenfähiger“ bei 45 Millionen Gesamtbevölkerung!

Kanada soll 103 000 Mann = 1,3 Proz. seiner waffenfähigen Bevölkerung gestellt haben. Kanada müßte danach über 8 Millionen waffenfähiger zählen, während es, Frauen und Kinder, Greise und Säuglinge eingerechnet, nur eine Bevölkerung von 7 1/2 Millionen zählt.

Australien und Neuseeland besitzen zusammen sechs Millionen Einwohner. Sie stellen 94 000 Mann, was angeblich 1,5 bis 2,1 Proz. der waffenfähigen ausmachen soll. Auch diese bemerkenswerten Länder müßten danach ebenfalls waffenfähige besitzen, wie sie insgesamt Einwohner zählen. Deutschland müßte danach einige 70 Millionen Soldaten ins Feld stellen können!

Eisenbahnunglück in Rülheim a. Rhein. Eine amtliche Meldung aus Rülheim a. Rh. besagt: Donnerstagvormittag fuhr dem von Düsseldorf in den Personenbahnhof Köln-Rülheim einfahrenden Personenzug 206 eine Rangierabteilung in die Planie. Die beiden Maschinen und einige Postwagen entgleisten und wurden beschädigt. Der die Rangierfahrt leitende Rangierer wurde getötet, fünf weitere Personen wurden leicht verletzt. Der Betrieb wird durch Umleitung aufrechterhalten. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist eingeleitet.

Folgeschweres Unglück in Belfort. Der „Nationalzeitung“ zufolge melden die Belforter Blätter, daß sich in einem Schuppen am Dienstagabend ein folgeschweres Unglück ereignet habe und fügen hinzu, die derzeitigen Umstände gestatteten nicht, nähere Angaben über den Vorfall zu machen.

Achtzigjährige Zwillingsschwester. Der äußerst seltene Fall, daß Zwillingstinder ein sehr hohes Alter erreichen, wird aus Neubrandenburg gemeldet. Die dort wohnhaften Witwen Marie Wesemann und Luise Elshof, beide als Zwillingsschwester geboren, konnten in voller Rüstigkeit gemeinsam ihren achtzigsten Geburtstag feiern.

Jugendveranstaltungen.

Steglich-Friedenau. Sonntag, den 19. September 1915: Tagespartie nach Genshagen-Löwenbruch, dortselbst Zusammentreffen mit den anderen westlichen Vororten. Abmarsch vom Jugendheim früh 6 Uhr. Gesamtkosten 60 Pf. — Montag, den 20. September: Unterhaltungsabend. — Mittwoch, den 22. September: Gesangsabend. — Freitag, den 24. September: Vortrag über „Was muß der jugendliche Arbeiter von der sozialen Gesetzgebung wissen?“

Ströhan. Sonntag, den 19. d. Mts., findet eine Wanderpartie nach Grünau-Erkner statt. Treffpunkt vormittags 6 Uhr an der Ringbahn auf dem Wege nach Treptow.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. 601 rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 10 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anschlag ist ein Anschlag und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Peträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

2. Z. 4. 1. An das Zentralnachweisbureau des Kriegsministeriums, Dorotheenstr. 48, oder an das Dänische Rote Kreuz in Kopenhagen oder an das Gefangenenbureau des Russischen Roten Kreuzes in Petersburg. 2. An das Einsatzbureau desjenigen Regiments, zu dem Ihr Mann eingezogen wurde. — 3. C. 34. 1. Die Mutter hat nur Anspruch auf Unterstützung für einen Sohn. 2. Für die Ehefrau 400 M., für jedes Kind 168 M. jährlich. — C. 6. 1. Na. 2. Die Frau erhält 400 M., jedes Kind 168 M. jährlich. 3. Vom Todestage an. — Abst. 15. 1. und 2. Rein. — 3. 100. Nervenkranke, dienstuntauglich. — G. 20. 1. Sie machen sich jezt dadurch strafbar. 2. Sie haben 14 tägige Hindung. — G. 37. Die Versicherung kann gegen Sie mit Erfolg fagen und die Beitragszahlung so lange verlangen, wie der abgeschlossene Versicherungsvertrag währt. — G. 3. 1. Rein. 2. Eine Verordnung über die erhöhte Lagerentlohnung ist noch nicht erlassen. Sie sollte nach Mitteilung der Presse vom 1. September an nachgezahlt werden. — C. 6. 26. Wenn Ihre Frau erst im Jahre 1914 aus der Landeskirche ausgetreten ist, muß für sie die Kirchensteuer noch für das Jahr 1915 gezahlt werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag. Im Südwesten vielfach heiter, in den anderen Gegenden vorherrschend bewölkt und besonders im Küstengebiet leichte Regenfälle; dazwischen zeitweise aufklarend, Temperaturen durchschnittlich wenig verändert.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
21. Abt. Bez. 760.
Am Dienstag, den 14. September, verstarb unsere Genossin, die Verkäuferin
Frida Frank
Korduser 14.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Freiwilligen Friedhofes, Bappel-Allee 15/17, aus statt. Um rege Beteiligung eruchtet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für Tempelhof.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Restaurateur
Herm. Schmidt
Germaniastr. 150
am Freitag, den 3. September, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
1917
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
V. a. G.
Ortsverwaltung Neudölln I.
Am Mittwoch, den 15. September, verstarb unser altes Mitglied
Albert Vogel.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Michael-Richthofes in der Gottfried-Dunkel-Straße aus statt.
Ferner ist unser Mitglied
Paul Bergfeld
am 28. August, gestorben.
Auf dem Schlachtfelde sind im August unsere Mitglieder
Otto Schilenski
und
Fritz Geschke
gefallen.
Wir werden das Andenken der Verstorbenen stets in Ehren halten.
258/3 Die Ortsverwaltung.

Den Helbentod fürs Vaterland erlitt am 29. August mein innigstgeliebter Mann, herzenguter Vater, unser lieber Sohn, Schmeißerlehrling, Bruder, Schwager und Onkel, der Grenadier
Otto Pestel
im Alter von 30 Jahren.
Im Namen aller Hinterbliebenen
Ida Pestel geb. Lamprocht
Lichterfelde Erna. 7394

Hierdurch allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater
Karl Rebouillon
am 15. September 1915 vormittags 1/11 Uhr nach kurzer, aber schwerer Krankheit im 52. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetäubt im Namen aller Hinterbliebenen an
Luise Rebouillon
geb. Wehrhauch.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Richthofes, Hermannstraße, aus statt.
7393

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes lasse ich hiermit allen Freunden und Bekannten, dem Wahlverein, dem Transportarbeiter-Verein sowie Herrn August Schmal für seine erhabenen Worte am Sarge des Entschlafenen meinen innigsten Dank. **Frau Ida Jidig, Weidstr. 34.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Paul Herold
Bornholmer Str. 80
am 12. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 17. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Paul-Gerhardt-Richthofes in Weihenfelde aus statt. Rege Beteiligung erwartet.
119/7 Die Ortsverwaltung.

Preisgekrönter Arbeitermöbel
solide Ein- u. Zweizimmerwohnungs-Einrichtungen.
Einzelmöbel.
Karl Thomas,
Tischlermeister.
Lieferant d. Konsumgenossenschaft
Achtung!!
Ende September verlege ich mein Geschäft und Tischlerei von **Bernauer Str. 79** nach **Gr. Frankfurter Str. 29.**

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser lieber Sohn und Bruder
Paul Rutzka.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Familie Gustav Rutzka.
Dein Leben von Kindheit an nicht sehr leicht, nun werde Dir die fremde Erde leicht.
721

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Sonnabend, den 18.
bleiben unsere Häuser
geschlossen.

Hermann Tietz

Freitag
soweit Vorrat

Großer Lebensmittel-Verkauf

Fleisch und Fische
nur Leipziger Str.
und Alexanderplatz

Fleisch

- Schmorfleisch m. Knoch. Pfd. 1¹⁰
- Roastbeef mit Knochen . . Pfd. 1¹⁰
- Rinderkamm Pfd. 1⁰⁰
- Fehlrippe Pfd. 1¹⁰
- Gulasch Pfd. 1⁰⁰
- Kalbshenkel geteilt Pfd. 1⁴⁰
- Kalbsvorderfleisch . Pfd. 1³⁰
- Hammelkeule I. Ganzen Pfd. 1⁴⁰
- Hammelkotelett pr. Stück 20 Pf.
- Pökelschinken Pfd. 1²⁰

Wurstwaren

- Zerelatwurst Pfund 2⁶⁰
- Salamiwurst Pfund 2⁶⁰
- Teewurst Pfund 2⁵⁰
- Mettwurst nach Braunschweig. Art. Pfund 2²⁰
- Brüh-Mettwurst Pfund 1³⁰
- Jagdwurst Pfund 1⁹⁰
- Landleberwurst Pfund 1⁵⁰
- Zwiebelwurst Pfund 1¹⁰
- Rotwurst Pfund 1²⁰
- Sülzwurst Pfund 1⁰⁰

Obst und Gemüse

- Essbirnen 2 Pfund 25 Pf.
- Kaiserkronen 2 Pfund 35 Pf.
- Kochbirnen 3 Pfund 25 Pf.
- Blauer Treibhauswein Pfund 65 Pf.
- Grosse Kochäpfel . . 2 Pfund 25 Pf.
- Kanada-Reinetten . . 2 Pfund 35 Pf.
- Goldparmänen Pfund 25 Pf.
- Rot- u. Wirsingkohl . Pfund 7 Pf.
- Weißkohl 5, Mohrrüb. . 25 Pf.
- Meerrettig Stange 20 Pf.

Fische

- Lebende Schleie Pfd. 1¹⁵
- Lebende Karpfen Pfd. 1¹⁵
- Schollen mittelgross . . Pfd. 48 Pf.
- Schellfisch Pfd. 23, 38 Pf.
- Kabeljau I. Ganzen Pfd. 30, 40 Pf.
- Rotzungen mittelgross Pfd. 48 Pf.
- Kabelj.-Klippfisch halbr. Pfund 48 Pf.
- Delik.-Klippfisch Paket für 4 Person. 85 Pf.
- Schellf.-Klippf. ganz trocken. Pfd. 58 Pf.
- Holl. Matjesheringe St. 15 Pf.

Salzheringe zum Einlegen 10 Stück 35 Pf.

Fr. Makrelen Stück 15 Pf.

Bratfischchen Pfund 25 Pf.

La frische Bleie Pfd. 45 Pf.

Kolonialwaren

- Gerstenflocken Pfund 48 Pf.
- Maisgrieß Pfund 42 Pf.
- Maismehl Pfund 42 Pf.

- Tapiokamehl Pfund 38 Pf.
- Kuchenmehl ohne Brotmarke, backfertig mit Milch, 1-Pid.-Paket 78 Pf.

Gebrannter Kaffee veredelt durch das Thumsche Verfahren Pfund 138 150 160 180
Kaffee-Spezial-Mischung a. Bohnen-Kaffee u. Surrogaten, Pfund 90 Pf.